

PETER

/40 Jahre aufSuchen



NO. 52
02/2023

SCHWARZER PETER
VEREIN FÜR GASSENARBEIT SCHWARZER PETER

40!



FREITAG **20:15**
8.12.2023 **PYRO**
IM HUMBUG **21:00**
THE INCIDENT
22:30
LA NEFERA

**KOMMT VORBEI
UND FEIERT
MIT UNS!**

Editorial

«Streetwork, Strassensozialarbeit, Aufsuchende Sozialarbeit, Strassenarbeit, aufsuchende Jugendarbeit, Mobile Jugendarbeit, Area Work, Street-Corner-Work, Gassenberatung und Gassenarbeit oder Gstettin-Arbeit.» In Basel gibt es das mittlerweile seit (über) 40 Jahren.

Klar, dass wir den verschiedenen Facetten dieser Arbeit unser Jubiläumsmagazin widmen möchten. Und zahlreiche Fachpersonen und -stellen haben uns dafür mit ihren Beiträgen reich beschenkt.

Wir starten mit unserem ersten Gassenarbeiter Marc Flückiger, der im Interview ab Seite 4 aus den Anfangsjahren des Schwarzen Peter erzählt.

Rebekka Streck plädiert ab Seite 6 dafür, Streetwork als Care-Arbeit aufzufassen.

Nach unseren Ausführungen zum öffentlichen Raum (Seite 9–10) erläutert Georg Grohmann, weshalb Streetworker:innen nicht ordnungspolitisch tätig sein dürfen (Seite 11 ff).

Was sind Vorteile und Stolpersteine bei der Nutzung digitaler Tools in der aufsuchenden Sozialen Arbeit? Das fragt sich und uns Christiane Bollig auf den Seiten 14–17.

Was «Safe Places» sind und wie diese betrieben werden sollten, lesen wir auf den Seiten 18–19 bei Philip Moninger.

Hat Streetwork überhaupt einen Nutzen? Dieser Frage ist Natalie Weippert in ihrer Masterarbeit nachgegangen. Einen Auszug daraus lesen Sie auf Seite 20.

Dem Thema Peerarbeit haben wir bereits vor zwei Jahren ein ganzes Heft gewidmet. Auf den Seiten 21–23 berichten Peers und der Streetworker Tino Neufert aus Leipzig über ihre Erfahrungen.

Ab Seite 23 gibt es einen Auszug aus einer Arbeit von Sabine Beythien, Tanja Gomez und Selma Hernandez zum Thema defensive Architektur.

Und last but not least eine Premiere: die «Carte blanche» ab Seite 26 kommt aus Brüssel und ist französisch. Wir drucken den Artikel von Laurent d'Ursel in unserer zweiten Landessprache ab.

Nachdem der PETER vor einem Jahr als Kalender fast gänzlich auf Text verzichtet hat, kommt er diesmal (fast) ohne Bilder aus und legt den Schwerpunkt auf die gehaltvollen Fachtexte, welche lediglich durch die Discokugel, die uns dieses Jubiläumsjahr begleitet, dezent illuminiert wird.

Weil 40 keine Zahl für ein ganz grosses Jubiläum ist, haben wir dieses Jahr diverse kleinere Veranstaltungen durchgeführt.

Doch an unserem eigentlichen Geburtstag (am 8. Dezember 1983 wurde der Schwarze Peter – Verein für Gassenarbeit gegründet) werden wir eine etwas grössere Sause veranstalten. Es würde uns sehr freuen, wenn Sie an diesem Abend mit uns feiern, essen, trinken und tanzen würden. Für Discokugel und reichlich Glitzer wird gesorgt sein!

Es bleibt uns, Ihnen, dir, euch zu danken für eine tolle Zusammenarbeit, grosszügige Spenden und gesellige gemeinsame Stunden auf dem Claraplatz, beim Bahnhof oder wo auch immer.

Ob seit wenigen Wochen oder seit 40 Jahren: ein grosses und herzlichstes Dankeschön!

Team und Vorstand

Interview mit Marc Flückiger

Marc Flückiger war unser erster Gassenarbeiter. Im Interview erzählt er von den Jahren vor und nach der Vereinsgründung des Schwarzen Peter.

Ich war damals in der Ausbildung in der Schule für Sozialarbeit, welche heute ein Teil der Fachhochschule Nordwestschweiz ist. Kurz vor dem Entscheid, wo ich mein zweites Praktikum absolviere, habe ich viel Theorie der Sozialen Arbeit gelesen. Dabei stiess ich auf «street corner work» als eine Arbeitsform in England.

Der Begriff bezieht sich auf Jugendliche, die an der Strassenecke stehen und sich dort treffen. Der zentrale Punkt war, dass Sozialarbeit nicht in einem Büro stattfindet, sondern dass Sozialarbeiter:innen zu den Klient:innen gehen.

Das hat mich total interessiert und fasziniert und ich wollte es selber ausprobieren. Auf der Suche nach einer entsprechenden Praktikumsstelle bin ich 1981 überall abgeblitzt, man konnte sich das nicht vorstellen. Jemand gab mir dann den Tipp, zu Fred Kunz zu gehen. Der hat gesagt: «Das machen wir!», also nicht irgendwelche Hürden aufgestellt oder ein detailliertes Konzept verlangt, und ich konnte gleich einsteigen.

Für mich war dann eine Schwierigkeit, dass ich die Schule überzeugen musste, nicht zuletzt, weil Fred Kunz Pfarrer war, kein Sozialarbeiter. Die Schule war dann aber einverstanden, auch weil Fred schon einen Namen hatte in Basel, er war der Gründer vieler sozialer Institutionen.

So hab ich dann angefangen, musste noch mehr recherchieren und stiess auf mehrere Kollegen in der Schweiz, die praktisch zeitgleich mit mir starteten. So haben wir schnell ein Netzwerk auf die Beine gestellt. Wir haben uns ab 1982 regelmässig getroffen und haben in intensiven Gesprächen unser Verständnis für Gassenarbeit entwickelt.

Meine Diplomarbeit war ein Tagebuch von der Gasse mit theoretischen Bezügen. Es war die Zeit der Jugendunruhen, das war heftig. Ich war auch in einer Rechtshilfegruppe, die Geld hatte, jungen Menschen, die wegen Landfriedensbruch oder Gewalt gegen Polizeibeamte vor Gericht waren, eine gute Verteidigung zur Seite zu stellen.

Was mich damals betroffen gemacht hat war, dass die Leadfiguren zum Beispiel auch des Autonomen Jugendzentrum (AJZ) nie vor Gericht waren, sondern immer nur die «Kleinen», abgestürzte Punks, Gassenleute, die auch einen Stein in die Hand genommen haben. Für die haben wir uns stark engagiert.

In dieser Zeit hat sich der Heroinkonsum ausgebreitet, auch im AJZ im Gundeli an der Hochstrasse. Abstürze auf der Gasse, Alkohol, Probleme mit der Polizei, Menschen auf Kurve waren weitere Themen. Wir haben eine Kurvenhilfe angeboten, was die Behörden erst nicht akzeptieren wollten. Mit der Zeit haben sie aber gemerkt, dass es eine Unterstützung ist, wenn wir mit ihnen in Kontakt traten, mit ihnen Vereinbarungen trafen, natürlich in Absprache mit den Betroffenen.

WIR HABEN GEFRAGT, WER IN DER GESELLSCHAFT IMMER DEN «SCHWARZEN PETER» HAT UND WIR HABEN DIESE (ARSCH-)KARTE DANN «ÜBERNOMMEN» UND NICHT WEITERGESCHOBEN.

Von der Theorie her waren für uns zwei Dinge zentral: Die Parteilichkeit als Kern der Arbeit, was schwierig zu vermitteln war. Es wurde interpretiert, wir würden uns solidarisieren, seien distanzlos. Und es war uns wichtig, wirklich draussen auf der Gasse zu sein. Wir haben schnell gespürt, dass dies nicht immer einfach ist. Projekte auf die Beine zu stellen war leichter, als auf der Gasse, in den Kneipen – zum Beispiel im «Schluuch» – präsent zu sein. Wir haben immer geprüft, wo unsere Arbeitszeit und Energie wirklich hinfliessen.

Im Hintergrund lauerte natürlich auch immer die Frage nach der Finanzierung. Nachdem mein Praktikum beendet war, habe ich einfach weitergearbeitet und bis zur Gründung des Schwarzen Peter einen Lohn für eine 10 bis 20-Prozent-Stelle bekommen bei einem Arbeitspensum von mindestens 80 Prozent. Es gab aber ein starkes Umfeld, welches mir die Perspektive gab, dass wir zu Geld kommen werden, was sich schliesslich auch erfüllt hat. Die reformierte und die katholische Kirche haben bezahlt, auch die GGG war vor dem Kanton mit dabei. Ich erinnere mich auch an schwierige Gespräche, zum Beispiel mit dem damaligen Jugendamtsleiter oder dem Chef der Sicherheitspolizei. Die hatten mich vorgeladen und Fred stand da hinter mir, er war da auch schon Grossrat und Kirchenrat und wurde stark für seine Position angegriffen, blieb aber immer glaubwürdig in seinem Engagement.

Am 8. Dezember wurde dann der Schwarze Peter – Verein für Gassenarbeit gegründet. Ich erinnere mich auch noch daran, wie der Name entstand. Wir haben gefragt, wer in der Gesellschaft immer den «Schwarzen Peter» hat und wir haben diese (Arsch-)Karte dann «übernommen» und nicht weitergeschoben. Dies im Glauben daran, dass jede Person eine beziehungsweise mehrere Chancen verdient hat.

Die Jugendunruhen Anfang der achtziger Jahre hatten einen grossen politischen Aspekt und haben auch mich damals politisiert – ich war ja später auch zwölf Jahre im Grossen Rat.

Es gab zu jener Zeit drei Arbeitsfelder: Die Strasse im Kontext mit den Jugendunruhen, die besetzten Häuser und «die Gasse» im Kleinbasel. Die Rheingasse war ja damals noch anders als heute. Dann kamen bald und immer drängender die ganze Suchtproblematik und das HIV hinzu. Ich wurde

auch Präsident der Aidshilfe und habe sie mitentwickelt. Diese Zusammenarbeit war sehr zentral für die Abgabe von Spritzenmaterial, das erste «Sprützhüsli» und später die Heroinabgabe. Klaus Meyer, der 1985 zum Schwarzen Peter dazukam, hat sich dann sehr stark im Suchtbereich engagiert.

Um mit Leuten als Gassenarbeiter in Kontakt zu kommen, setzte ich mich aktiv zu ihnen hinzu, kam ins Gespräch mit ihnen, um den geeigneten Moment abzuwarten, um zu sagen: «Ich bin der Marc, ich mache Gassenarbeit. Weisst du, was Gassenarbeit ist?». Wenn du auf der Gasse mit Menschen ins Gespräch kommst, landest du sehr schnell bei ihren Problemen. Wenn jemand sagte: «Scheisse, ich weiss nicht, wo schlafen», oder: «Ich bin abgehauen», dann ist das der Moment, wo ich sagen konnte: «Du, ich weiss allenfalls, wie ich dich unterstützen kann». So entwickelten sich die Gespräche, die alle auf der Gasse stattfanden, nie im Büro. Das Büro diente nur der Projektarbeit und unseren Sitzungen und war nebenbei ziemlich verqualmt, was damals normal war und heute undenkbar ist.

Das erste Projekt, das wir realisiert haben, war die Gassekuchi. Das war wie bei all unseren Projekten mit Beteiligung einer Gruppe Leute von der Gasse, also Peers.

Das zweite, ganz wichtige Projekt war die Spritzenabgabe, erst in der Rheingasse in einer Garageneinfahrt der Manor. Dort sassen wir und haben Spritzen und Ascorbin verteilt. Das war als Unterstützung von Drogenkonsum strafbar und die Polizei kam regelmässig vorbei. Wir hatten das Glück, dass der damalige Kantonsarzt eine sehr progressive Haltung in diesem Bereich hatte, das hat uns viel Luft verschafft. Die Spritzenabgabe lief unter dem Titel Aidsprävention und verlief in enger Kooperation mit der Aidshilfe.

Das dritte Projekt war die Einrichtung des «Sprützhüsli» am Lindenberg im Spielsalon Lucky gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen Heinz Forster – an ihn erinnert heute eine Plakette am Boden des Lindbergs. Heinz hat mir auch geholfen, die Gassenarbeit zu digitalisieren, er war als Informatiker in der Ciba tätig und ein völliger Computerfreak.

Die Gasse hat natürlich unterschiedlich auf unsere Arbeit reagiert. Es wäre falsch zu sagen, dass alle eine Freude daran hatten. Aber es hat sich schnell umgespröhen, und Klaus und ich hatten eine hohe «street credibility», weil wir wirklich präsent waren und auch Auseinandersetzungen nicht gescheut haben, auch in den besetzten Häusern. Einmal wurde ich vom Autonomen Block vor ein Tribunal zitiert, weil sie die Frage stellten, was Soziale Arbeit hier zu suchen hatte. Viele begegneten uns mit Misstrauen, damit mussten wir uns auseinandersetzen, hatten aber schnell ein unterstützendes Umfeld und die Mund-zu-Mund-Propaganda hat uns sehr geholfen. Wir konnten den Leuten dank der Kirche auch Geld geben für Essen oder fürs Schlafen, das hat sich herumgespröhen.

Das Vertrauen stammt von der Parteilichkeit, was ja nicht einfach sich solidarisieren heisst, sondern dass man den Blickwinkel der Betroffenen in Bezug auf die Problembeschreibung einnimmt. Und dass man damit auch im Umgang mit Behörden zum Übersetzer und Sprachrohr wird. Wenn ich erklären kann, was warum wie läuft, und auch wo die Grenzen sind, dann kann ich auch auf das Verhalten einer Person Einfluss nehmen, weil sie versteht, weshalb es besser ist, diesen Weg zu nehmen als jenen. Letztendlich entscheidet trotzdem sie, wohin sie läuft. Auf diesem Weg können die Menschen begleitet werden, und wenn es dann zum Beispiel zum Kontakt mit den Behörden kommt, ist es möglich, als Kontaktperson auch ein Entgegenkommen der Behörden zu bewirken.

In Deutschland hat sich dann immer mehr auch die Mobile Jugendarbeit entwickelt, und wir haben uns viele Gedanken zu Abgrenzung gemacht und uns mit den deutschen Kolleg:innen vernetzt. Da gab es Tagungen, die teilweise eine Woche gedauert haben. Wir haben uns über unsere Tätigkeit ausgetauscht und diese auch immer wieder reflektiert, das war uns als Profis wichtig. Auch wenn es teilweise heftige inhaltliche Auseinandersetzungen gab, waren es immer sehr gute und freundschaftliche Begegnungen.

Mein Antrieb für die Gassenarbeit war nicht zuletzt das Bewusstsein, wie privilegiert ich war und bin, und ich wollte immer etwas weitergeben. Das empfinde ich heute immer noch so und deshalb gebe ich auch dem Roma-Bettler Geld.

Eigentlich dachte ich früher einmal, ich bleibe das ganze Leben lang Gassenarbeiter, hatte dann aber Familie mit zwei Kindern, das hat sich nicht mehr mit den Arbeitszeiten vertragen. Wir haben damals viel nachts gearbeitet, da war auf der Gasse Highlife, da konnten wir Kontakte pflegen, die Gasse und ihre Themen kennenlernen. Und es ist wichtig, jemanden auch auszuhalten, wenn er betrunken ist, das ist Teil seiner Realität. Gespräche führen und Probleme lösen war natürlich dann am Tag angesagt.

Weil ich immer fand, dass nicht die Gassenarbeit sich meiner Lebensrealität und meinem Tagesrhythmus anpassen muss, sondern umgekehrt, habe ich 1989 den Schwarzen Peter verlassen.

Sorge-Arbeit rehabilitieren! Eine feministische Perspektive auf Streetwork

«Fürsorge» war im Sprechen über Streetwork lange Zeit verpönt. Mit dem Begriff ging die Vorstellung von abwertender Passivität der Adressat:innen einher, zugleich stand die sorgen-de Person in Verdacht des Paternalismus sowie der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse nach Macht. Stattdessen schienen Begriffe wie «Hilfe zur Selbsthilfe», «soziale Teilhabe» oder «Empowerment» passender für die Arbeit auf der Strasse. Diese entledigen sich jedoch smart des Beziehungsaspekts Sozialer Arbeit und tendieren zu einem expertokratischen, scheinbar unbeteiligten Professionsverständnis.

Rebekka Streck

Im März und Mai 2022 begleitete ich Streetworker:innen im Rahmen einer ethnografischen Forschung in einer deutschen Grossstadt. Schnell wurde mir bewusst, dass ich die Interaktionen, an denen ich teilnahm, als Sorge-Arbeit fassen kann. Auch Nutzer:innen beschrieben die Tätigkeit in Interviews, die ich führte, als ein «Sich-Kümmern» oder «Versorgt-Werden» (vgl. Streck 2024 und Weippert in diesem Heft). Zugleich kommt der Sorge-Begriff in Fachliteratur zu Streetwork kaum vor. Auf Tagungen merkte ich schnell, dass er eher abgewehrt wird. Vor diesem Hintergrund möchte ich diesen Artikel nutzen, um in ein feministisches Verständnis von Care-Arbeit einzuführen und zu diskutieren, welcher Nutzen in der Verwendung des Begriffs zur Beschreibung der eigenen Arbeit liegen könnte.

Joan Tronto veröffentlichte 2015 ein kleines Büchlein mit dem Titel «Who Cares? How to Reshape a Democratic Politics». Dieser Text fasst knapp ihre Arbeiten zur Vision einer Caring Democracy zusammen, die sie seit den 1990er Jahren im Kontext der Debatte zu einer Ethic of Care ausarbeitete. Sie kritisiert die Trennung von Sorge und Politik. Diese repräsentiere die Teilung zwischen einer (weiblichen) privaten Sphäre und einer (männlichen) öffentlichen Sphäre. Die öffentliche Sphäre erscheint hier als die durch rationale Logiken geprägte, in der sich unabhängige, autonome Individuen gegenüber treten. Im Gegensatz dazu ist die private durch Verbundenheit und Abhängigkeit geprägt. Die private Sphäre beherbergt die weitgehend öffentlich unsichtbare Sorge-Arbeit von Frauen. Diese wird zudem als weniger wert oder als selbstverständlich angesehen im Gegensatz zu Lohnarbeit oder politischer Arbeit ausserhalb der privaten Sphäre. Die Teilung in «weiblich» und «männlich» ist hier als Zuschreibungskonstrukt zu verstehen, mit dem auch eine Hierarchisierung einhergeht. Aus diesem Kontext heraus kann verstanden werden, warum «Fürsorge» abgewertet wird im Gegensatz zu einem scheinbar emotional wenig ein-

DIE PRIVATE SPHÄRE BEHERBERGT DIE WEITGEHEND ÖFFENTLICH UNSICHTBARE SORGE-ARBEIT VON FRAUEN. DIESE WIRD ZUDEM ALS WENIGER WERT ODER ALS SELBSTVERSTÄNDLICH ANGESEHEN IM GEGENSATZ ZU LOHNARBEIT ODER POLITISCHER ARBEIT AUSSERHALB DER PRIVATEN SPHÄRE.

gebundenen, parteilichen Handelns des Empowerments. Feministische Theorie und Praxis sucht hingegen nach Wegen, diese Teilung aufzuheben und zugleich die Hierarchisierung zu kritisieren. Joan Tronto fragt: Wie wäre es, wenn Werte, die mit «Sorge» beziehungsweise «Care» einhergehen, auch den Umgang miteinander in der öffentlichen Sphäre oder gar die Sozialpolitik bestimmen würden? Tronto fasst zwei wichtige Eigenschaften von Sorge-Arbeit zusammen: «Care is about meeting needs, and it is always relational.» (Tronto 2015, S. 4) Zur Frage wie Beziehungen beschaffen sein müssen, damit menschliche Bedürfnisse bearbeitet werden können, entwickelt sie fünf Ebenen:

- **«Caring about»:** Es geht darum Bedürfnisse wahrzunehmen, was jedoch eine komplizierte Aufgabe ist. Hierzu bedarf es der Aufmerksamkeit – oder Attentiveness – gegenüber den auch uneindeutigen und ambivalenten Äusserungen anderer.
- **«Caring for»:** Aufbauend auf der Analyse von Bedürfnissen geht es um die Frage, wer für diese Bedarfe Verantwortung übernimmt. Insofern ist die Analyse, dass etwas gemacht werden muss und die Übernahme von Verantwortung – oder Responsibility – die zweite Sorge-Phase.
- **«Caregiving»:** Zur adäquaten gemeinsamen Ermöglichung der Befriedigung von Bedürfnissen bedarf es der Ressourcen und Fähigkeiten als Fachkompetenz – oder Competence –, die je nachdem, um welche Bedürfnisse es geht, unterschiedlich ausfällt.
- **«Care-receiving»:** Schliesslich wird geschaut, ob und wie Sorge-Arbeit angenommen wird und wie hilfreich sie ist. Responsivität – oder Responsivity – bedeutet, Antworten der Empfänger:innen mit hoher Sensibilität zu deuten und ernst zu nehmen.

- **«Caring-with»:** Sorge-Arbeit trägt immer Ungleichheit in sich, die kritisch reflektiert werden muss. Insofern sind Sorge-Beziehungen nie frei von Macht und Konflikten. Die Überzeugung, dass alle Menschen in unterschiedlichen Lebensphase Sorge-Empfänger:innen und Sorgende sind, normalisiert Sorge-Beziehungen im Lebensverlauf.

«In short, a functioning democracy is full of people who are attentive, responsible, competent, and responsive.» (Tronto 2015, S. 8)

Für ein Verständnis von Sorge-Arbeit ist die kritische Reflexion der Dichotomie von Autonomie als etwas erstrebenswertes und Abhängigkeit als etwas negatives notwendig. Letztlich sind Menschen aufeinander angewiesen. Sorge-Beziehungen spannen sich sowohl über private Beziehungen als auch über Beziehungen, die durch soziale Dienstleistungen oder Lohn-Arbeits-Kontexte geprägt sind. Sorge-Arbeit als Begriff ermöglicht es, diese «zwischenmenschliche Interdependenz» (Brückner 2011) jenseits idealisierter Autonomiekonstruktionen und zugesprochener Selbstverantwortung darzustellen.

In Situationen, in denen Menschen aufgrund von mangelnden Ressourcen oder Konflikten diese sie sichernde Eingebundenheit verlieren, tritt Soziale Arbeit an deren Stelle. Zugleich übernimmt Soziale Arbeit dort Sorgetätigkeiten, wo andere gesellschaftliche Institutionen soziale Anerkennung und Versorgung verweigern. Streetwork ist hier ein exzellentes Beispiel. Bei ihren Rundgängen versuchen Streetworker:innen Bedürfnisse zu entschlüsseln, auch wenn diese nicht immer klar geäussert werden. Indem sie Menschen in ihrem Lebensraum aufsuchen, übernehmen sie Mitverantwortung für deren Wohlergehen. Sie zeigen Kompetenz bezogen auf sensible Kommunikation sowie das Erben von Zugängen zu Ressourcen im Kontext eines sozialstaatlich-bürokratisch überformten Institutionengeflechts. Zugleich haben sie eine ausgesprochen hohe Sensibilität gegenüber den Antworten, die sie auf ihre Besuche und ihre Angebote erhalten. Ist mein Kommen erwünscht? Möchte mich mein Gegenüber loswerden? Komme ich gerade ungelegen? Oder kann ich heute eine Begleitung anbieten? Streetworker:innen lassen sich auf die «dialogische Verständigung» (Kunstreich u.a. 2004) ein, die bedeutet, Freiwilligkeit als Standard ernst zu nehmen und zugleich zu wissen, dass die Formulierung eines «freien Willens» eine Illusion ist.

Im folgenden Interview mit Kai, einem Nutzer, wird diese Gleichzeitigkeit von Respekt vor den Entscheidungen anderer und der Übernahme von Verantwortung für die Lebenssituation anderer auf den Punkt gebracht. Auf meine Frage, wie er den Prozess mit den Streetworker:innen beschreiben würde, antwortet er:

K: Bei denen war wirklich kurioserweise das wirklich so, dass ich sofort Vertrauen zu denen hatte. So die hatten so

dieses, ich weiss nicht, das war mehr menschlich als halt so Arbeit halt so, ne? Die haben dich einfach angesprochen, so: «Brauchst du irgendwas? Wer bist du?» et cetera, so. Was manche Leute überhaupt gar nicht interessiert, so. Das fand ich halt bei denen eigentlich richtig gut. [...] Ohne das aufdringlich zu empfinden, oder so was, war einfach nur/War cool.

R: Aber, das denke ich manchmal, ist auch so eine Balance oder? Die zwischen Aufdringlichkeit, weil immerhin kommen die ja da, wo du, ähm, haust, so, oder wohnst gerade. Das ist ja schon so wie so ein Hausbesuch, ja? Immer wieder.

K: Ja, aber wie sie dann halt auftreten, das ist jetzt nichts Aufdringliches oder so. Wenn man jetzt gesagt hätte, man braucht nichts, man will die gar nicht sehen oder so, dann wären die halt weitergefahren. So, dann wäre das für die auch okay gewesen, aber die wären eine Woche später auf jeden Fall wieder vorbeigekommen und hätten halt nochmal nachgefragt, ne? So.

R: Und das ist auch gut, dass sie dann trotzdem wiederkommen?

K: Ja, doch. Denke schon, die Hartnäckigkeit sollen sie sich beibehalten, auf jeden Fall. So, wenn man einmal sagt, «nee», so dann kann man ja auch gerade einen schlechten Tag gehabt haben, oder so was. Das ähm, wenn man dann eine Woche drauf die Leute nochmal sieht so, dann kann das ja schon wieder ganz anders sein.

R: Ja, interessant. Also hartnäckig und zurückhaltend gleichzeitig. (Kai, 591-622) >

BEI IHREN RUNDGÄNGEN VERSUCHEN STREETWORKER:INNEN BEDÜRFNISSE ZU ENTSCHLÜSSELN, AUCH WENN DIESE NICHT IMMER KLAR GEÄUSSERT WERDEN. INDEM SIE MENSCHEN IN IHREM LEBENSRAUM AUFSUCHEN, ÜBERNEHMEN SIE MITVERANTWORTUNG FÜR DEREN WOHLERGEHEN.

«...DIE HARTNÄCKIGKEIT SOLLEN SIE SICH BEIBEHALTEN, AUF JEDEN FALL. SO, WENN MAN EINMAL SAGT, <NEE>, SO DANN KANN MAN JA AUCH GERADE EINEN SCHLECHTEN TAG GEHABT HABEN, ODER SO WAS. DAS ÄHM, WENN MAN DANN EINE WOCHE DRAUF DIE LEUTE NOCHMAL SIEHT SO, DANN KANN DAS JA SCHON WIEDER GANZ ANDERS SEIN.»

Das Interesse für seine Bedürfnisse bedeutet für Kai menschliche Begegnung, die seines Erachtens einer unpersonlichen «Arbeit» entgegensteht. Es geht für ihn um Verbundenheit und nicht um Ideale von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Autonomie und Selbsthilfe. Aus feministischer Perspektive stehen diese Ideale im Verdacht, das Aufeinander-Angewiesen-Sein auszuklammern und neoliberal zu disqualifizieren. Als Menschen sind wir immer abhängig, genauso wie wir verletzbar und bedürftig sind. So durchleben wir Krisen, in denen wir auf die tatkräftige Hilfe anderer angewiesen sind. Sei es als Begleitung zu einem schwierigen Arzttermin oder in Form des Kochens einer warmen Suppe oder eines besorgten Telefonanrufs. Hier unterscheiden sich Sozialarbeiter:innen nicht von den Adressat:innen von Streetwork. Der Unterschied liegt allerdings darin, dass Sozialarbeiter:innen möglicherweise über ausreichend materielle sowie soziale Ressourcen verfügen, um Krisen eingebunden in ein wertschätzendes Umfeld durchleben zu können. Diese Ressourcen ermöglichen es ihnen auch, weitere Ressourcen (beispielsweise medizinische oder psychologische Unterstützung) zu nutzen. Für Menschen, die ihre Wohnung verloren haben und deren soziale Netzwerke nicht (mehr) so stabil sind, dass sie den Wohnraumverlust durch temporäre oder langfristige Wohnmöglichkeiten kompensieren können, gestaltet sich auch der Zugang zu anderen gesellschaftlichen Ressourcen schwerer. Hier übernehmen Streetworker:innen soziale Verantwortung und Unterstützungsleistungen, die in anderen Kontexten das soziale Umfeld übernimmt.

Ein solches Sorge-bezogenes Verständnis Sozialer Arbeit betont erstens die menschliche Verletzbarkeit und die Normalität von Krisen. Zweitens betont es auch die grundlegende Eingebundenheit des Menschen. Es geht gerade nicht um Debatten von Eigenverantwortung oder das Postulat der Selbsthilfe. Soziale Unterstützung bei der Bewältigung alltäglicher Aufgaben ist der Standard und nicht die unselbstständig machende Ausnahme. Und drittens verteidigt die Care-Perspektive die gesellschaftliche Solidarität. Denn es unterliegt auch der gesellschaftlichen Verantwortung, Aus-

schlussdynamiken zu durchbrechen. Zugleich ist Sorge bezogen auf die Arbeiten von Joan Tronto immer interaktiv dynamisch und selbstkritisch. Mit dem Teilen von Verantwortung geht auch ein partizipatives Verständnis von Hilfeprozessen einher. Insofern ist demokratische Sorge im besten Falle das Gegenteil von Zwang und Fremdbestimmung. •

Rebekka Streck ist Professorin für Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule Berlin.
rebekka.streck@eh-berlin.de

Literaturverzeichnis

- Brückner, Margrit (2011): Zwischenmenschliche Interdependenz – Sich Sorgen als familiäre, soziale und staatliche Aufgabe. In: Böllert, Karin/ Heite Catrin (Hrsg.): Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Wiesbaden: VS Verlag, S. 105–122.
- Kunstreich, Timm; Langhank, Michael; Lindenberg, Michael; May, Michael (2004): Dialog statt Diagnose. In: Heiner, Maja (Hg.): Diagnostik und Diagnosen in der Sozialen Arbeit. Berlin: Deutscher Verein. S. 26–37.
- Streck, Rebekka (2024): Bedürftigkeit und der Nutzen von Streetwork. In: Blätter der Wohlfahrtspflege. Heft 1. Im Erscheinen.
- Tronto, Joan C. (2015): Who Cares? How to Reshape a Democratic Politics. New York: Cornell University Press.

Open access for all!

Der öffentliche und halböffentliche Raum als unser hauptsächlichlicher Arbeitsort wird zunehmend und divers genutzt, was Freude und Konflikte mit sich bringt.

Der öffentliche Raum (öR, in der Schweiz auch «Allmend») wird aus einer öffentlichen Verkehrs- oder Grünfläche und den angrenzenden Gebäuden gebildet, wobei auch der Untergrund und die Luft darüber dazuzählen.

Öffentliche Räume gibt es in allen Kulturen. In Europa sind sie durch unterschiedliche Traditionen gemeinschaftlich genutzter Flächen im ländlichen Raum (Allmenden, Commons) bestimmt.

In Basel regelt das Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) den Umgang mit der Allmend. Dieses bestimmt, dass «der öffentliche Raum möglichst schonend und in gegenseitiger Rücksichtnahme zu nutzen ist. Er darf nicht verunreinigt, beschädigt oder zerstört werden. [...]

Die Nutzung des öffentlichen Raumes darf die Sicherheit und Ordnung nicht gefährden.

Wer den öffentlichen Raum nutzt, darf die Interessen Dritter nicht übermässig beeinträchtigen.

Wenn nichts Abweichendes bestimmt ist, darf der öffentliche Raum gemäss dem vorliegenden Gesetz zum schlichten Gemeindegebrauch ohne Bewilligung und unentgeltlich genutzt werden» (https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/724.100/versions/5123).

Im Prinzip kann also der öR in Basel jederzeit von allen genutzt werden. Allerdings wird dieses Prinzip durch andere Erlasse relativiert beziehungsweise untergraben. In Basel sind dies unter anderem Wegweisungsgesetze, Toleranzzonen für Sexarbeit, die Musizierverordnung oder das umstrittene Bettelverbot.

Besonders subtil (oder perfide) sind Einschränkungen durch Möblierung wie zum Beispiel unbequeme Bänke (davon nimmt Basel aktuell wieder Abstand, wie unsere Beobachtungen zeigen), fehlender Wetterschutz oder keine kostenlosen öffentlichen Toiletten. Gerade hier hat Basel seit einigen Jahren eine Vorreiterrolle: Öffentliche Toiletten und auch WCs diverser Restaurants gehören zum Netz der «netten Toiletten». Weitere Einschränkungen können Gitter, Dornen, Sprinkler, Skaterhindernisse, Musik oder Ultraschall sein (vgl. «Defensive Architektur in Basel» auf Seite 23).

Wieso halten sich Menschen im öR auf?

Auch wenn in Basel glücklicherweise eine hohe Toleranz bezüglich des Aufenthalts auch eher auffällender (zumindest «einheimischer») Menschen oder Gruppierungen besteht, gibt es immer wieder Versuche, vermeintlich «störende» Personen zu verdrängen. Das ist insbesondere regelmässig am Centralbahnplatz der Fall oder am Claraplatz (nett verpackt mit der Forderung nach zum Beispiel einem «Alkistübli» für diese «Armen»).

Dabei gibt es verschiedene gute Gründe, weshalb sich auch

sozial benachteiligte Personen gerne an zentralen Orten aufhalten:

- Erst einmal sind öffentliche Plätze «grosses Kino». Eine Stunde vor dem Bahnhof verspricht vielfältigste und beste Unterhaltung.
- Die Kolleg:innen kann ich in meinem prekären Wohnumfeld nicht treffen, gut zu wissen, dass immer jemand am Claraplatz sitzt.
- Diese Plätze kosten keinen Eintritt und Konsumgüter können von Zuhause oder aus dem benachbarten Discounter mitgebracht werden.
- Möbel sind vorhanden.
- Aufräumen ist nicht zwingend, es gibt noch die Stadtreinigung. Wobei hier deutlich gesagt werden muss, dass Littering nicht primär durch unsere Klient:innen betrieben wird. Diese tragen mehrheitlich zu ihrem «Wohnzimmer» Sorge.

Im Zusammenhang mit Gassenarbeit ist der öffentliche Raum mit den Menschen, die ihn nutzen, immer auch erste Anlaufstelle für Personen, die gestrandet sind und Orientierung suchen. Unsere Peergroups decken viel mehr Stunden Präsenz am Tag ab als wir und können eine erste Triage zu uns (in die Beratung oder spontan auf der Gasse) machen.

Und zu guter Letzt: Dass sozial benachteiligte Menschen sich im ÖR aufhalten (dürfen) ist wichtig, weil es soziale Unterschiede und diverse Lebensrealitäten sichtbar macht.

Soziale Arbeit vs. Ordnungspolitik

Dass Soziale Arbeit und Ordnungspolitik nicht vermischt werden dürfen, da dies das Vertrauen in die Gassenarbeiter:innen zerrüttet, wird ausführlich im Artikel «Das eigene Profil schärfen» ab Seite 11 erläutert.

In Basel herrschte lange Zeit Einigkeit darüber, dass für die Arbeit im öffentlichen Raum die aufsuchende Soziale Arbeit und die Polizei ausreichen, und dass Vermischungen wie zum Beispiel in Bern («Pinto») oder Zürich («SIP») weder nötig noch gewollt sind. >

DASS SOZIAL BENACHTEILIGTE MENSCHEN SICH IM ÖR AUFHALTEN (DÜRFEN) IST WICHTIG, WEIL ES SOZIALE UNTERSCHIEDE UND DIVERSE LEBENSREALITÄTEN SICHTBAR MACHT.

DER ÖFFENTLICHE RAUM DIENT VIELEN INTERESSEN. IST ER DEN EINEN DIE «VISITENKARTE» EINER TOURIST:INNENFREUNDLICHEN STADT, SO IST ER FÜR ANDERE WOHNZIMMER, KONSUMRAUM, SOZIALER TREFFPUNKT ODER ARBEITSORT INKLUSIVE BETTELN UND DEALEN.

In den letzten Jahren wurde dieses Prinzip allerdings durch verschiedene Projekte wie das Rhyllax-Team am Rheinbord oder die Ranger in der Dreirosenanlage schleichend aufgeweicht.

Neben der bereits erwähnten problematischen Vermischung verschiedener Aufgaben und Kompetenzen sowie der teilweise mangelnden sozialarbeiterischen Ausbildung der Mitarbeiter:innen ist eine fehlende Legitimation problematisch.

Der öffentliche Raum dient vielen Interessen. Ist er den einen die «Visitenkarte» einer tourist:innenfreundlichen Stadt, so ist er für andere Wohnzimmer, Konsumraum, sozialer Treffpunkt oder Arbeitsort inklusive betteln und dealen.

Verschiedenste Ansprüche kombiniert mit einer allgemeinen Zunahme der Beanspruchung des öffentlichen Raums (Stichwort «Mediterranisierung») bringen «Dichtestress» und Konflikte mit sich. Die zentrale Frage hierbei ist, ob Nutzungsvielfalt demokratisch unter allen Beteiligten ausgehandelt wird, oder ob bestimmte Instanzen wie Polizei, Nachbar:innen, besorgte Eltern oder «Einheimische» eine Deutungs- und Handlungshoheit beanspruchen und bestimmen, welche Menschen und Ansprüche geduldet werden sollen.

Wir sehen es als einen wichtigen Teil unserer Arbeit an, die Interessen weniger privilegierter Menschen wie sozial Benachteiligte, Wohnungslose, Suchtbetroffene, Sexarbeiter:innen, Migrant:innen, Jugendliche, Senior:innen oder psychische Belastete, in verschiedenen offiziellen oder ad-hoc-Gremien und den Medien zu vertreten.

Halböffentlicher Raum

Der beschränkte Platz und die steigenden Temperaturen rücken zunehmend den halböffentlichen Raum in den Fokus der Aufmerksamkeit und der Begehrlichkeiten. Darunter fallen so verschiedene Orte wie Foyers Publics, Sockelnutzungen, Bibliotheken, Kaufhäuser, Quartierzentren, Kaffees, Kirchen oder Bahnhöfe. Hier zeigt sich die Ausgangslage noch komplexer. Meistens sind diese Orte im Besitz diverser nichtstaatlicher Körperschaften und haben eine Hausordnung und -macht. Und doch hat die Öffentlichkeit einen mehr oder weniger unkontrollierten Zugang zu diesen Orten und nutzt sie für private oder gemeinschaftliche Aktivitäten wie Zeitung lesen, Kaffee trinken, Musik hören, kleine Mee-

tings abhalten, körperliche Betätigung, Menschen beobachten beziehungsweise treffen, spielen oder einfach ausruhen und aufwärmen respektive zunehmend auch abkühlen.

In Basel gibt es in diesem Bereich spannende Projekte wie das Foyer Public des Theater Basel, die öffentliche Plaza des kHaus (früher bekannt als Kaserne) oder die zukünftige Sockelnutzung der alten Hauptpost.

Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren unser Augenmerk vermehrt auch auf diese bestehenden oder entstehenden Räume richten, mit ihren diversen Betreiber:innen in Kontakt treten, Konzepte lesen, ihre tatsächliche Offenheit erfragen und erspüren und uns gegebenenfalls auch als Dialoger:innen zwischen den Haus-«Herren» und eventuellen nicht 100-prozentig angepassten Nutzer:innen ins Spiel bringen. Dabei werden wir immer auch im Fokus haben, dass die Hitze in der Stadt deutlich gesundheits- und lebensbedrohlicher als die Kälte ist und sein wird, und dass Menschen ohne festen Wohnraum oder anderweitig sozial Benachteiligte zunehmend Zugang zu kühlen Räumen brauchen.

Wir halten Sie auf dem Laufenden.

DIE ZENTRALE FRAGE HIERBEI IST, OB NUTZUNGSVIELFALT DEMOKRATISCH UNTER ALLEN BETEILIGTEN AUSGEHANDELT WIRD, ODER OB BESTIMMTE INSTANZEN WIE POLIZEI, NACHBAR:INNEN, BESORGTE ELTERN ODER «EINHEIMISCHE» EINE DEUTUNGS- UND HANDLUNGSHOHEIT BEANSPRUCHEN UND BESTIMMEN, WELCHE MENSCHEN UND ANSPRÜCHE GEDULDET WERDEN SOLLEN.

Das eigene Profil schärfen – Streetwork, Mobile Jugendarbeit und ordnungspolitische Erwartungen.

Georg Grohmann

Die in den letzten Jahren wieder vermehrt geführten fachlichen Debatten um sicherheits- und ordnungspolitische Einflüsse auf und Anforderungen an die Arbeitsfelder Streetwork und Mobile Jugendarbeit (MJA) sind keine neuen Herausforderungen der Praxis und des Fachdiskurses. (Bollig 2021) Vielmehr bestimmen diese Diskussionen die Ausrichtung der Arbeitsfelder seit Beginn der Entwicklung aufsuchender Arbeitsformen. Bezogen auf Deutschland heisst das seit den 1960er Jahren. (Krebs 2004) Dabei soll der Blick geweitet werden über Fragen der Zusammenarbeit mit der Polizei hinaus, auch wenn hier ebenfalls keine allgemein gültigen Antworten in der Praxis vorhanden sind. Der vorliegende Beitrag stellt durch den Bezug auf das Handlungskonzept und damit die Fachstandards dar, wieso eine konsequente Ablehnung sicherheits- und ordnungspolitischer Aufträge notwendig ist.

Fachliche Standards für Streetwork und Mobile Jugendarbeit wurden von deutschen Fachverbänden das erste Mal in den 1990er Jahren formuliert. (Stotz 1995; Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V. 1999) Seitdem wurden einerseits die bundesweiten Fachstandards in Deutschland mehrmals überarbeitet und weiterentwickelt, zuletzt in einem breiten Beteiligungsprozess in den Jahren 2016 bis 2018. Andererseits wurden – gleichermassen daran angelehnt in einzelnen Bundesländern und oftmals auf die regionalen Gegebenheiten spezifiziert – eigene landesweite Standards entwickelt.

Streetwork und Mobile Jugendarbeit als professionelles Handlungskonzept

Die Existenz von fachlichen Standards, mit denen das Handlungskonzept Streetwork und Mobile Jugendarbeit methodisch beschrieben, theoretisch eingebettet und mit handlungsleitenden Arbeitsprinzipien und notwendigen Rahmenbedingungen dargestellt wird, ist für die Arbeitsfelder von enormer Bedeutung. Einerseits wird hiermit von Streetworker:innen eine qualitative Selbstverpflichtung für Träger wie für Fachkräfte formuliert. Andererseits sind die fachlichen Standards auch ein argumentatives Instrument, um geeignete Voraussetzungen zu schaffen oder mittels der formulierten Rahmenbedingungen zu beschreiben, was es benötigt, um das Handlungskonzept vollständig umzusetzen.

Bezogen auf sicherheits- und ordnungspolitische Aufträge wird innerhalb der Fachstandards eine deutliche Abgrenzung vollzogen: «Streetwork/Mobile Jugendarbeit grenzen sich eindeutig von sicherheits- und ordnungspolitischer Instru-

mentalisierung ab. Sie sind auf Vertrauen aufbauende Angebote der Sozialen Arbeit und müssen als solche für die Adressat:innen auch deutlich erkennbar sein und bleiben.» (Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V. 2018). In der Praxis verschwimmt diese Grenzziehung immer wieder. Andreas Klose kritisierte beispielsweise diese Kluft zwischen Theorie und Praxis sehr deutlich. Während in Fachdiskursen die Abgrenzung von Ordnungs- und Sicherheitspolitik gefordert würde, sei dies in der Praxis schlichtweg nicht umsetzbar. (Klose 2009) Die Gründe für Uneindeutigkeiten und erfolgreiche Vereinnahmungen in der Praxis von Streetworker:innen sind höchst vielfältig. Wichtig erscheinen hier jedoch zwei Aspekte:

1. Bezogen auf die zu erreichenden Menschen sowie Lebenssituationen und Verhaltensweisen, welche Empörung und moralische Abwehr hervorrufen, ist die klare Abgrenzung von jeglichen sicherheits- und ordnungspolitischen Aufträgen schlicht notwendig für ein sozialarbeiterisches Setting, welches konstruktive Entwicklungsprozesse ermöglichen soll.

2. Die Erarbeitung dieser klaren sozialarbeiterischen Rolle ist eine hochanspruchsvolle Aufgabe, welche als Prozess zu verstehen ist. Trotzdem kann diese Herausforderung nicht, quasi als Kompromiss im Kontext prekärer Arbeitsbedingungen, aus dem Aufgabenprofil von Streetworker:innen herausgelöst werden. Vielmehr wird eine Rollenklarheit an vielen Orten zu einem breiter akzeptierten Profil von Streetwork und MJA führen.

Die Abgrenzung von sicherheits- und ordnungspolitischen Erwartungen und Aufträgen soll im Folgenden über die konzeptionellen Schwerpunkte «Adressat:innen», «Ziele» und schliesslich «handlungsleitende Arbeitsprinzipien» begründet werden. >

STREETWORK UND MOBILE JUGENDARBEIT HABEN DEN AUFTRAG, MENSCHEN ZU ERREICHEN, DIE VON INSTITUTIONEN ODER ANDEREN SOZIALARBEITERISCHEN ANGEBOTEN NICHT ERREICHT WERDEN.

Zugänge zu bisher unerreichten Menschen schaffen

Streetwork und Mobile Jugendarbeit haben den Auftrag, Menschen zu erreichen, die von Institutionen oder anderen sozialarbeiterischen Angeboten nicht erreicht werden. Menschen, für die diese Institutionen nicht zugänglich oder passend sind. Menschen, die skeptisch gegenüber formalisierten Abläufen oder Mitwirkungspflichten sind. Menschen in prekären Lebenssituationen mit oft vielfältigen Brüchen in ihrer Biografie und ebenso oft grossem Misstrauen, neue und stabile Beziehungen einzugehen. (Wolfer 2007) Mit einer ordnungspolitischen Ausrichtung unserer Arbeit oder der Übernahme dieser Aufträge würde ein signifikanter Teil dieser Menschen nicht mehr erreicht werden können.

Die übergeordneten Ziele des Handlungskonzepts Streetwork und Mobile Jugendarbeit werden in den fachlichen Standards folgendermassen beschrieben: «Streetwork und Mobile Jugendarbeit verhindern oder verringern Stigmatisierung und Ausgrenzung ihrer Adressat:innen. Sie bieten ihnen lebensweltorientierte Unterstützung an, die ihre soziale Inklusion fördert und Lebensbedingungen verbessert» (Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V. 2018). Diese Ziele werden weiterhin ausdifferenziert und sind vor Ort, nach Analyse der Sozialräume und Lebenswelten zu spezifizieren – können verständlicherweise aber den übergeordneten Zielen nicht entgegenstehen. Im Kern geht es darum, die Autonomie, das heisst die Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmtheit, von Menschen zu fördern und zu erweitern. Lebenssituationen sollen konkret verbessert werden. Oft geschieht dies auch dadurch, dass Zugänge zu vorhandenen Hilfesystemen hergestellt und dort vorhandene Barrieren abgebaut werden. Gleichzeitig werden auch immer die für Adressat:innen relevanten Räume im Blick behalten mit dem Bestreben, diese zu erhalten oder neue Räume nutzbar zu machen. Streetwork und Mobile Jugendarbeit verstehen sich dabei als anwaltschaftliches Sprachrohr für die Adressat:innen, wobei primäres Ziel deren Befähigung zur Einmischung und Beteiligung bleibt.

Zusammenfassend muss immer wieder deutlich herausgestellt werden, dass keines dieser Ziele ordnungspolitische Aufträge formuliert. Kein Ziel fokussiert die von Adressat:innen verursachten Probleme. Ganz im Gegenteil: Stets werden die jeweiligen Menschen in den Blick genommen und ihre spezifischen Lebenssituationen, Handlungsspielräume

und Möglichkeiten der Teilhabe und Einflussnahme verbessert, ausgeweitet und gestärkt.

Arbeitsprinzipien als Konsequenz des Arbeitsauftrags

Die handlungsleitenden Arbeitsprinzipien unseres Handlungskonzepts sind Richtschnur für die professionelle Haltung der Streetworker:innen. (Wolfer 2007) Auch wenn die konkrete und praktische Ausgestaltung immer wieder neu im Team und letztlich auch der weiteren Fachlandschaft reflektiert und austariert werden muss, bilden diese Prinzipien eine Selbstverpflichtung für Menschen, die in den Arbeitsfeldern tätig sind. Die hieraus resultierende Haltung ist dabei die notwendige Konsequenz auf die Frage nach professionellen Handlungsmöglichkeiten in der Arbeit, den definierten Adressat:innen und den formulierten Zielen.

So stehen Prinzipien wie Transparenz, Freiwilligkeit, Partizipation, Vertrauensschutz alleine bereits ordnungspolitischen Aufträgen und Ausrichtungen entgegen, zusammengefasst auch noch einmal im bereits oben zitierten Prinzip der fachpolitischen Abgrenzung. Im Arbeitsprinzip der Parteilichkeit wird die Notwendigkeit der Ablehnung sicherheits- und ordnungspolitischer Aufträge jedoch besonders deutlich. Wenn unsere Aufgabe die Interessenvertretung von Menschen, die sonst nicht gehört werden, ist, dann können wir nicht gleichzeitig in ordnungspolitischen Debatten gegen diese Interessen agieren. Um beim Bild der anwaltschaftlichen Interessenvertretung zu bleiben: Anwält:innen definieren ihre berufliche Rolle und ihr Profil meist sehr klar. Sie haben die Aufgabe, ihren Auftraggebenden mit rechtsstaatlichen Mitteln zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie können nicht gleichzeitig die Gegenseite beraten. Wenn wir diesem Bild folgen, kann es nicht unsere Aufgabe sein, in öffentlichen Konflikten allparteilich zu agieren oder für Ruhe und Ordnung an Plätzen zu sorgen, weil sich die Öffentlichkeit beschwert. Vielmehr muss es unsere Aufgabe sein, genau in solchen Konflikten unsere Adressat:innen umfassend zu beraten und potenzielle Szenarien des weiteren Verlaufs zu besprechen. Anschliessend können wir ihre Ansprüche, Interessen und Rechte mit Nachdruck in die öffentliche Debatte einbringen, um das vorhandene Machtungleichgewicht ein Stück weit auszugleichen.

Unsere Parteilichkeit ist kritisch. Sie hinterfragt Positionen unserer Adressat:innen und kann damit auch Verände-

rungsprozesse auslösen. Unsere Rolle an der Seite der Menschen, mit denen wir arbeiten, muss jedoch klar und deutlich sein, insbesondere in den vielfältigen und alltäglichen Aushandlungsprozessen mit anderen Teilen der Gesellschaft!

Polizeiliche Vereinnahmungen und Erwartungen

Die Debatten um sicherheits- und ordnungspolitische Aufträge und Wirkungen entzündeten sich häufig an der Frage, inwiefern eine Zusammenarbeit mit Polizei oder Polizeibehörden sinnvoll sei. Auch wenn diese Frage aufgrund von Ausweitungen polizeilicher Interessen und Befugnisse eine hohe praktische Relevanz hat, so wird in vielen Fällen doch eher das konkrete Handeln und die Ausrichtung der eigenen Arbeit von grösserer Bedeutung sein. Überspitzt formuliert beginnt die ordnungspolitische Wirkung eben nicht bei der Zusammenarbeit mit der Polizei. Vielmehr könnte dies eher als das Ende einer Skala verstanden werden. Trotzdem und gerade deswegen sind Kooperationen und gemeinsame Arbeitsweisen mit der Polizei oder Polizeibehörden auszuschliessen. (Bollig und Grohmann 2021) Es ist von hoher Relevanz, konkreten Ersuchen einer Zusammenarbeit argumentativ entgegenzutreten, da exakt an dieser Stelle eine Rollenklärung stattfindet, welche aus den fachinternen Diskursen heraustritt.

Externe Erwartungen und Vorstellungen unserer Arbeit können hier korrigiert werden. Der oft verwendete Ausdruck «Wir haben doch alle die gleichen Ziele!», mit dem polizeiliche und sozialarbeiterische Kooperationen begründet werden sollen, erweist sich mit dem Blick auf die oben dargestellten Ziele und Aufgaben von Streetwork und MJA gegenüber polizeilichen Zielen der Vorbeugung von Straftaten beziehungsweise Wahrheitsermittlung in Strafsachen als grundfalsch. Gerade deswegen bleibt dennoch eine Gesprächsebene mit den in der Praxis relevanten Polizeibehörden notwendig, um die Interessen und Rechte unserer Adressat:innen ihnen gegenüber zu vertreten und um unseren Arbeitsansatz vermitteln zu können. Auch dieses Austarieren wird in der Praxis mit einem klareren fachlichen Profil einfacher zu realisieren sein.

Den vorhandenen Versuchen polizeilicher Arbeit, ihre Tätigkeit als Soziale Arbeit mit Durchgriffsmöglichkeit (Arbeitskreis kritische Sozial Arbeit Freiburg 2020) oder ähnlich zu propagieren, sollte durch unseren selbstbewussten Umgang mit unserem professionellen Handlungskonzept entgegnet werden: Soziale Arbeit ist kein Tätigkeitsbereich der Polizei. Bezogen auf Streetwork und MJA bedeutet dies, dass letztlich wir bestimmen, was Streetwork und Mobile Jugendarbeit bedeuten, wie wir arbeiten und mit welcher Haltung wir in öffentlichen Räumen unterwegs sind! Die Klarheit in der eigenen Rolle wird somit zum Schlüssel auch unserer eigenen fachlichen Debatten werden. Je klarer und geeinter unsere Haltung ist, desto seltener werden Vereinnahmungsbestrebungen auftreten.

Georg Grohmann ist Bildungsreferent beim Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. und Vorstandsvorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V.
www.bag-streetwork.de

Literaturverzeichnis

- Arbeitskreis kritische Sozial Arbeit Freiburg (2020): Soziale Arbeit – im Auftrag der Sicherheit unterwegs? In: Gefährliches Pflaster. Zeitung für Sicherheitskritik (Hg.): Gefährliches Pflaster. Freiburg, S. 5.
- Bollig, Christiane (2021): Mobile Jugendarbeit und Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Ulrich Deinet, Benedikt Sturzenhecker, Larissa von Schwanenflügel und Moritz Schwerthelm (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 5., völlig neugest. Auflage 2021. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH; Springer VS, S. 1769–1786.
- Bollig, Christiane; Grohmann, Georg (2021): «Wir müssen reden!?!». Über das (Spannungs-) Verhältnis von Streetwork/Mobiler Jugendarbeit und Polizei. In: sozial extra.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V. (Hg.) (1999): Fachliche Standards für Streetwork und Mobile Jugendarbeit. Gelnhausen.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V. (Hg.) (2018): Fachliche Standards 2018 Streetwork und Mobile Jugendarbeit. Eisenach.
- Klose, Andreas (2009): Soziales Handeln zwischen Kriminalisierung und Prävention. Streetwork/Jugendarbeit 'auf schwerer See'? In: Frank Dölker und Stefan Gillich (Hg.): Streetwork im Widerspruch. Handeln im Spannungsfeld von Kriminalisierung und Prävention. 1. Aufl. Gründau-Rothenbergen: TRIGA – der Verl. S. 24–38.
- Krebs, Wolfgang (2004): Blicke zurück. Von den Ursprüngen von Streetwork und Mobiler Jugendarbeit zum Methodenmix heute – Zusammenfassung einer aktuellen Untersuchung. In: Stefan Gillich (Hg.): Profile von Streetwork und mobiler Jugendarbeit. Antworten der Praxis auf neue Herausforderungen. 2. Aufl. Gelnhausen: Triga-Verl. S. 160–175.
- Stotz, Peter (1995): Was ist Mobile Jugendarbeit? In: Werner Steffan (Hg.): Was ist Streetwork/Mobile Jugendarbeit, S. 4–6.
- Wolfer, Dieter (2007): Haltung, Qualität und Standards bei Streetwork und Mobiler Jugendarbeit. In: Stefan Gillich (Hg.): Streetwork konkret. Standards und Qualitätsentwicklung. 1. Aufl. Gelnhausen: TRIGA – der Verl. S. 50–83.

Digitale Transformation und Streetwork – Chancen, Risiken und Herausforderungen

Prozesse der digitalen Transformation¹ nehmen Einfluss auf alle Bereiche unseres Lebens und sind integraler Bestandteil des Alltags. Streetwork als gelebte Praxis lebensweltorientierter Sozialer Arbeit ist gefordert, den veränderten und zunehmend digitalisierten Alltags- und Lebenswelten der Adressat:innen angemessen zu begegnen, sich gezielt mit den damit einhergehenden Entwicklungen auseinanderzusetzen und ihre Methoden und Angebote kontinuierlich weiter zu entwickeln oder anzupassen. Doch wie wirkt sich die digitale Transformation auf unser Selbstverständnis, unseren Arbeitsalltag und unser professionelles Handeln aus?

Christiane Bollig

Digitale Transformationsprozesse

Die rasante Entwicklung digitaler Technologien wie Spracherkennung, Virtual Reality und Künstliche Intelligenz (KI) hat weitreichende Folgen für gesellschaftliche Bereiche, die wiederum einen Einfluss auf die technische Weiterentwicklung nehmen. Digitale Transformationsprozesse wirken sich zudem auf verschiedenen Ebenen aus:

- **Subjekt-Ebene** (bezogen auf den Alltag von Adressat:innen und Fachkräften),
- **Organisationsebene** (bezogen auf Arbeitsprozesse und Innen- und Aussenkommunikation von Trägern und Einrichtungen) und
- **Professionsebene** (bezogen auf professionelles Selbstverständnis und berufsethische Grundsätze).

Diese wiederum bedingen und beeinflussen sich wechselseitig und führen zu Veränderungen im Verhalten und in den Verhältnissen, die sich im Alltag widerspiegeln. Folglich sind die konkreten Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung als Gestaltungsaufgabe für die Weiterentwicklung von Methoden und Angeboten in Praxis und Theorie zu verhandeln.

Einsatz und Nutzung von Social Media als Kommunikationsmittel

Digitale Medien, insbesondere Social Media Anwendungen, werden vor allem zur Kommunikation mit den Adressat:innen genutzt. Mit Verweis auf die Lebensweltorientierung und dem Verständnis, virtuelle Räume als Sozialräume anzuerkennen, wie auch dem Anspruch, sich flexibel an aktuelle Trends und Entwicklungen anzupassen, ist das Präsent-Sein

und Aufsuchen auf digitalen Plattformen sowie die Nutzung digitaler Angebote für die Mehrheit der Fachkräfte mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Diese Angebote bieten vielfältige digitale Zugangs- und Kontaktformen, Kommunikations-, Interaktions- und Informationsangebote. Doch inwiefern kann professionelles Handeln innerhalb dieser kommerziellen, privatisierten beziehungsweise «halböffentlichen» Räumen gelingen? Ist es sinnvoll, diese Räume in aktuelle Sozialraum- und Bedarfsanalyse aufzunehmen oder braucht es als Arbeitsgrundlage wie auch zur konzeptionellen Fortschreibung eine separate Sozialraumanalyse, die sich explizit mit digitalen Kontexten auseinandersetzt?

Obwohl vielen Fachkräften die Geschäftspraktiken der Betreiber:innen kommerzieller Plattformen durchaus bekannt sind, und ein Wissen darüber vorhanden ist, dass es sich hierbei um keine sicheren Kommunikationskanäle handelt, werden sie aufgrund des hohen Verbreitungsgrades und deren Funktionalität genutzt. Der Versuch, auf andere Plattformen auszuweichen und Alternativen zu nutzen, gestaltet sich äusserst schwierig. Neben den technischen Bedenken, andere Anwendungen seien weniger verlässlich und komplizierter zu bedienen, sind es vor allem soziale Hindernisse und Ängste, denn mit dem Austreten oder Verweigern werden Formen des Ausschlusses verbunden, die einen Wechsel erschweren. So wählen Fachkräfte den pragmatischen Weg und nutzen diese Plattformen – da es ja funktioniert und sie Adressat:innen erreichen. Zugleich handeln sie oftmals mit einem latent schlechten Gewissen, da sie fachliche und rechtliche Unsicherheiten aushalten und austarieren müssen. Da eine datenschutzkonforme Nutzung kommerzieller Plattformen unter strengen Gesichtspunkten jedoch kaum möglich ist, erfordert es umso mehr eine intensive Auseinandersetzung über die Art und Weise der Nutzung sowie über vorhandene Potenziale und Risiken. Ausgearbeitete Konzepte oder praxistaugliche Orientierungshilfen existieren jedoch nur selten. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich zudem, dass vermeintliche Vorteile auch gegenteilige Effekte haben (können). Die ständige Erreichbarkeit und Verfügbarkeit sowie die Verflüssigung von Privatheit und Öffentlichkeit kann sowohl für Fachkräfte als auch für Adressat:innen zu sozialem Druck und Stress bis hin zum «digitalen Burnout» führen. Durch digitale Angebote kann die Kontaktaufnahme, das Kontakthalten und die Beziehungspflege sowohl erleichtert als auch erschwert werden. Bei der Nutzung kommerzieller Messaging-, Vermittlungs- und Medienplattformen gilt es, datensparsam zu agieren und einen sensiblen und bewussten Umgang mit Daten zu pflegen, da sämtliche Daten analysiert und weiterverwertet werden. Kutscher beschreibt im Kontext dieser «prekären» Räume zwei Problembereiche: die Reproduktion sozialer Ungleichheit und die Ökonomisierung von Privatheit in Form von Datengenerierung und Datenenteignung. (vgl. Kutscher 2020)

OBWOHL VIELEN FACHKRÄFTEN DIE GESCHÄFTSPRAKTIKEN DER BETREIBER:INNEN KOMMERZIELLER PLATTFORMEN DURCHAUS BEKANNT SIND, UND EIN WISSEN DARÜBER VORHANDEN IST, DASS ES SICH HIERBEI UM KEINE SICHEREN KOMMUNIKATIONSKANÄLE HANDELT, WERDEN SIE AUFGRUND DES HOHEN VERBREITUNGSGRADES UND DEREN FUNKTIONALITÄT GENUTZT.

Digitale Methoden und Angebote sind somit eine mitunter sinnvolle Ergänzung beziehungsweise Erweiterung des bisherigen Handlungsspektrums und in konzeptionellen Überlegungen zu integrieren. Da nicht alle Adressat:innen mithilfe digitaler Angebote erreicht werden wollen oder auch können, sind sie jedoch kein Ersatz für «klassische» Formen aufsuchender Arbeit auf der Strasse.

Einsatz von Fachsoftware als Instrument zur Qualitätssicherung

In der Sozialen Arbeit, auch im Bereich Streetwork, werden Arbeits- und Organisationsprozesse zunehmend digitalisiert und sowohl trägerintern als auch extern Software-Programme eingeführt, die den Arbeitsalltag erleichtern und für mehr Transparenz und Effizienz sorgen sollen. Ob und inwiefern die zum Einsatz kommenden Software-Programme diesem Anspruch gerecht werden und für diesen Zweck hilfreich sind, bleibt fraglich und wird nicht weiter thematisiert. Stattdessen wird der Blick darauf gerichtet, wie gegenwärtig geeignete und bedarfsgerechte Arbeitsinstrumente entwickelt werden. So soll mithilfe mobiler und webbasierter Apps die Dokumentation und Qualitätssicherung verbessert werden. Zwar wird im Vergleich zu anderen Handlungsfeldern wenig dokumentiert, jedoch ist die Erstellung von Jahres- und Sachberichten oder die Reflexion der eigenen Tätigkeiten ohne schriftliche Dokumentation schwierig respektive nicht möglich. Zudem dient die Dokumentation

auch der Qualitätsentwicklung und -sicherung. Zu diesem Zweck fertigen Fachkräfte sogenannte Streetwork-Protokolle oder Notizen aufsuchender Tätigkeiten an. In Baden-Württemberg ist diese Art der Erhebung, die vereinzelt noch handschriftlich erfolgt, zwar weit verbreitet, jedoch erweist sie sich als äusserst unübersichtlich, zeitintensiv und lückenhaft, da die Aufzeichnungen oft zeitlich versetzt oder auch unregelmässig und unsystematisch erstellt werden. Dies war 2014 der Ausgangspunkt, über eine digitale Lösung nachzudenken. Die Umsetzung dauerte mehrere Jahre, da es schwierig war, ein solches Vorhaben zu finanzieren und umzusetzen. Inzwischen gibt es in einigen Bundesländern Projekte, die zur Erfassung von Streetwork-Tätigkeiten digitale Lösungen entwickelt haben. Hervorzuheben ist «Edi'S-App – Erhebungs- & Dokumentationsinstrument Streetwork²» aus Baden-Württemberg und «SWAPP – Die Streetwork-App ein Dokumentations- & Reflexionstool³» aus Sachsen. Beide Projekte verfolgen das Ziel, die Dokumentation von Streetwork-Runden einfacher und verlässlicher zu erfassen sowie die erhobenen Daten zum Zweck der Öffentlichkeitsarbeit und des Berichtswesens (besser) auszuwerten und die eigene Praxis zu reflektieren. Während die App aus Baden-Württemberg sich inhaltlich vorrangig auf die Dokumentation und Erhebung der Streetwork-Tätigkeit bezieht und aktuell geprüft und weiter optimiert wird, bietet die App aus Sachsen zusätzliche Möglichkeiten, die Arbeit im und mit dem Team zu reflektieren. >

¹ Digitale Transformation (auch digitaler Wandel) wird im Folgenden als Prozess fortlaufender Weiterentwicklung und - Verbreitung digitaler Technologien verstanden, der sich auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirkt und zu Veränderungen von Geschäftsmodellen sowie gesellschaftlichen und kulturellen Praktiken führt.

² Weitere Informationen: <https://www.manuelwenner.de/blog/projekte-digitale-losung-zur-dokumentation-und-qualitaetsicherung-fur-streetworker>

³ Siehe auch <https://streetworkapp.de/>

Die Evaluation des Projekts Edi'S App zeigt, dass der Einsatz und die Nutzung digitaler Tools für den Arbeitsalltag und zur Qualitätsentwicklung durchaus hilfreich und sinnvoll sein sowie als Instrument zur Reflexion und zur Qualitätssicherung dienen können. Die Tools dürfen jedoch nicht zur Optimierung sozialer Prozesse, zur Kontrolle und Überwachung von Adressat:innen oder Fachkräften sowie zur Bemessung von Leistung instrumentalisiert werden. Dementsprechend sind Themen wie Datenschutz, Daten- und Informationssicherheit von Beginn an besonders stark zu gewichten und Verantwortlichkeiten im Vorfeld zu klären. Bei der Erhebung und Auswertung von Daten stellt sich grundsätzlich die Frage, welche Daten für den jeweiligen Zweck und das damit verfolgte Ziel wirklich erforderlich sind. Somit besteht die Notwendigkeit, die Tools kontinuierlich zu evaluieren und zu überprüfen.

Einsatz KI-basierter Lösungen als Unterstützung im Arbeitsalltag

In jüngster Zeit hat sich ein regelrechter Hype um den Chat-Bot und Textgenerator «ChatGPT» der Firma OpenAI entwickelt, der auch vor Fachkräften und Adressat:innen keinen Halt macht. Während die KI-Technologie durchaus faszinierend und deren Einsatz äussert verlockend ist, sollte die Entscheidung über eine mögliche Nutzung im beruflichen Kontext nicht überstürzt und ohne fachliche Auseinandersetzung getroffen werden. Was wissen wir über Chat-Bots, über deren Anbieter, Geschäftspraktiken oder über die Verwendung der Daten? Wie gehen wir mit der Intransparenz sowohl bezogen auf technischen Aspekte (Quellcode), als auch mit der fehlenden Überprüfbarkeit der Ergebnisse um? Sind wir in der Lage, mögliche fehlerhafte Inhalte zu erkennen und einzuordnen?

Immer mehr Menschen nutzen auf Algorithmen basierende Programme, weil es ihren Alltag erleichtert und für sie scheinbar nutzbringend ist. Allerdings durchschauen die wenigsten (und das betrifft bei weitem nicht nur unsere Adressat:innen) wie, in welchem Umfang und für welche Zwecke die Daten ausgewertet und welche Entscheidungs- und Handlungsräume der Autonomie und Selbstbestimmung durch die Auswertungsmechanismen wegfallen. Die derzeit geführten Debatten zum Einsatz von KI in der Sozialen Arbeit stehen erst am Anfang. Gleichwohl zeigt sich, dass KI-Systeme Auswirkungen auf Entscheidungs- und Handlungsspielräume haben und diese nicht nur erweitert, sondern auch verengt werden können. Ob mit dem KI-Technikeinsatz am Ende an Handlungssicherheit gewonnen wird oder es ein Schritt in Richtung Deprofessionalisierung ist, bleibt abzuwarten. Die KI-Technologie bietet jedoch nicht nur zahlreiche Potenziale, sondern birgt auch Risiken (Stigmatisierung, Diskriminierung, Kriminalisierung) und Gefahren (Beeinflussung, Manipulation, Steuerung) – sowohl für die Adressat:innen als auch für uns als Gesellschaft. Folglich ist der Einsatz dieser Technologie mit Vorsicht zu geniessen und die Nutzung stets kritisch zu hinterfragen.

DIE STÄNDIGE ERREICHBARKEIT UND VERFÜGBARKEIT SOWIE DIE VERFLÜSSIGUNG VON PRIVATHEIT UND ÖFFENTLICHKEIT KANN SOWOHL FÜR FACHKRÄFTE ALS AUCH FÜR ADRESSAT:INNEN ZU SOZIALEM DRUCK UND STRESS BIS HIN ZUM «DIGITALEN BURNOUT» FÜHREN.

Fazit

Eine professionelle Praxis erkennt die Bedeutung und Relevanz digitaler Lebenswelten an, setzt sich aktiv mit den Nutzungs- und Aneignungsweisen der Adressat:innen in virtuellen Räumen auseinander und entwickelt Angebote, die in Bezug auf Zugangsmöglichkeiten und Erreichbarkeiten den Bedürfnissen und Bedarfen der Adressat:innen entsprechen und gesellschaftliche Veränderungen in den Blick nehmen.

Fachkräfte nutzen digitale Medien, erproben neue Arbeitsmethoden und entwickeln geeignete und bedarfsorientierte Arbeitsinstrumente (vgl. Fachliche Standards der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V.). Dabei dienen die Fachstandards von Streetwork/ MJA (vgl. BAG Streetwork 2018) stets als Bezugs- und Orientierungsrahmen. Die Entscheidung darüber, ob es verboten, erlaubt oder sogar geboten ist, eine bestimmte Software zu nutzen oder ein digitales Angebot zu schaffen und wie diese im Konkreten eingesetzt beziehungsweise gestaltet wird, ist sorgsam abzuwägen und sollte von den Akteur:innen jeweils gut begründet werden (vgl. Kaminsky 2021).

Hierbei handelt es sich um eine ausgesprochen voraussetzungsvolle Aufgabe. Sie benötigt sowohl ausreichend Zeit für Reflexion und kritische Auseinandersetzung als auch ausreichend Wissen, um zu einer angemessenen Urteilsbildung hinsichtlich folgender Fragen zu gelangen: Ob und inwiefern ist der Einsatz und die Nutzung digitaler Technologie im jeweiligen Kontext sinnvoll, hilfreich und nützlich, und welche (teilweise unbeabsichtigten) Folgen und Nebenwirkungen könnten mit ihnen für Fachkräfte oder Adressat:innen einhergehen.

Grundvoraussetzung für professionelles Handeln mit und in digitalen Medien sind entsprechende Rahmenbedingungen, die neben einer zeitgemässen materiell-technischen Ausstattung ausreichend zeitliche und personelle Ressourcen für digitales Arbeiten, fachlichen Austausch und Vernetzung zur Verfügung stellen und zudem eine kritisch-reflexive Auseinandersetzung fördern sowie Schulungen zur Fort- und Weiterqualifizierung ermöglichen. Auf struktureller Ebene der Organisation ist der Auf- und Ausbau digitaler Infrastruktur, die Erarbeitung praxistauglicher Handlungsempfehlungen und Ablaufpläne bei Krisen- und Notfällen sowie die Klärung von Zuständigkeiten erforderlich.

Primäres Ziel unserer Arbeit ist und bleibt die Förderung sozialer (und damit auch digitaler) Teilhabe und gesellschaftlicher Integration aller Menschen sowie der Abbau respektive die Reduzierung sozialer Ungleichheiten. Menschen, die keinen oder nur eingeschränkten Zugang zum Internet haben, oder auch das Internet nur begrenzt nutzen können oder wollen, dürfen nicht aus dem Blick geraten. Digitale Transformationsprozesse bergen sowohl das Potenzial, vorhandene Ungleichheiten neu zu verhandeln und im besten Falle sogar zu beseitigen als auch das Risiko, sie zu reproduzieren oder im schlimmsten Fall sogar zu verschärfen und neue Ausgrenzungs- und Ausschlussmechanismen sowie Formen der Überwachung, Manipulation und Ausbeutung zu begünstigen (vgl. Kutscher/Iske 2020, Beranek 2021). Gegenwärtig scheinen die negativen Seiten der fortschreitenden Digitalisierung zu dominieren, jedoch liegt es in unserer Verantwortung, auch in Zukunft einen Beitrag zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe zu leisten.

Christiane Bollig, Praktikerin (2007–2014), seit 2014 Referentin bei der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V. und Projektkoordinatorin des Praxishandbuchs Mobile Jugendarbeit (2020) und seit 2020 stellvertretende Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/ Mobile Jugendarbeit e.V. Inhaltliche Themenschwerpunkte: Weiterentwicklung des Handlungsfeldes, Fachliche Abgrenzung, Digitale Transformation, Sicherheitsdiskurse im öffentlichen Raum, Kontakt: bollig@bag-streetwork.de, bollig@lag-mobil.de www.bag-streetwork.de

Quellennachweis

- BAG Streetwork/ Mobile Jugendarbeit e.V. (2018): Fachliche Standards für Streetwork und Mobile Jugendarbeit. URL: https://irp-cdn.multiscreensite.com/5c840bc2/files/uploaded/Fachstandards_BAG_2018_final.pdf
- Beranek, A. (2021): Soziale Arbeit im Digitalzeitalter. Eine Profession und ihre Theorien im Kontext digitaler Transformation. Weinheim/Basel. Beltz Juventa
- Kaminsky, C. (2021): Digitale Transformation Sozialer Arbeit? – Ethische Orientierungen auf neuem Terrain. Beitrag in EthikJournal 7. Jg. / Ausgabe 2/2021. Transformative Digitalisierung in der Sozialen Arbeit. URL: https://www.ethikjournal.de/fileadmin/user_upload/ethikjournal/Texte_Ausgabe_2021_2/Kaminsky_Ethikjournal_2.2021.pdf
- Kutscher, N. (2020): Ethische Fragen Sozialer Arbeit im Kontext von Digitalisierung. In: Kutscher/Ley/Seelmeyer/ Siller/Tillmann/Zorn (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim/Basel. Beltz Juventa S. 347–361
- Kutscher, N./Iske S. (2020): Digitale Ungleichheit im Kontext Sozialer Arbeit. In: Kutscher/ Ley/u.a. (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim/Basel. Beltz Juventa S. 115–128

Literaturempfehlungen

- Digital total!? Handreichung zum Umgang mit Social Media in der Mobilen Jugendarbeit (2019) www.lag-mobil.de/wp-content/uploads/2020/01/digital.total_handreichung_2019L_online.pdf
- Digital total?! Orientierungshilfe und Handlungsempfehlung (2021) www.lag-mobil.de/wp-content/uploads/2022/09/orientierungshilfe_01_aktuell.pdf
- Digital total?! Digitales Arbeiten in der MJA und Streetwork (2021) Präsentationsfolien des Vortrags von Bollig und Huber: www.minor-kontor.de/wp-content/uploads/2022/01/DiMe_Praesentation_Bollig_Huber_Beziehungsarbeit.pdf

Safe Places – Schutz vor Verdrängung oder Herabsatzung der Unterbringungsstandards?

Anfang des Jahres wurde in Berlin der erste Safe Place eröffnet. Laut Konzeption will das Modellprojekt eine Lücke im Wohnungsnotfallsystem schliessen, «indem es obdachlose Menschen in ihrer Lebenswelt anspricht und ihnen eine alltagsnahe Unterbringungsform und gleichzeitig einen geschützten Lebensraum in ihrem gewohnten Umfeld anbietet»¹. Im Folgenden sollen verschiedene Konzeptionen betrachtet werden und ein kritischer Blick aus Sicht der Strassensozialarbeit darauf geworfen werden. Dies vor allem vor dem Hintergrund, wie sich Safe Places gestalten lassen oder ob sie letztlich zu einer Absenkung der Standards im Wohnungsnotfallsystem führen.

Philip Moninger

Safe Place – Begriffsbestimmung

Die Idee der Safe Places, also sicherer Orte beziehungsweise Plätze, stammt aus den USA und meint, dass obdachlose Personen die Möglichkeit haben, ihr Zelt, ihre Behausung, ihr Lager oder ähnliches aufzustellen, ohne die Vertreibung oder Räumung durch Ordnungsbehörden oder private Eigentümer befürchten zu müssen. Das ständige Aufscheuchen der Betroffenen führt sehr oft zum Verlust von Eigentum oder Dokumenten. Es kommt zu Kontaktabbrüchen zur Strassensozialarbeit und anderen Hilfen, erzeugt Stress bei den Betroffenen, erschwert letztlich ihre Situation und verlagert die Probleme nur. Räumungen sind keine dauerhaften Lösungen.

Grundsätzlich kann ein Safe Place jeder Ort sein, an dem obdachlose Personen «Platte machen» und dort vor Räumung geschützt sind. Ob es sich hierbei um einen selbstgewählten Ort, eine generell für diese Nutzung ausgewiesene Fläche oder einen speziell für diese Person(en) zugeteilten Platz handelt, spielt prinzipiell erst einmal keine Rolle. Entsprechend kann Ausgestaltung, Lage und Grösse eines solchen Safe Place sehr unterschiedlich sein. Brach- und Grünflächen, öffentliche oder private Plätze, Bürgersteige und so weiter können – solange keine gravierenden Nutzungsinteressen, wie zum Beispiel auf Spielplätzen, bestehen – durch den Verzicht auf Räumungen dauerhaft für die bewohnenden Personen als Safe Places nutzbar gemacht werden.

Wo diese Platten gegründet werden, wer und wie viele Menschen dort wie zusammen leben, obliegt dann letztlich alleine der Entscheidung der Bewohner:innen. In der Realität kommen solche selbstverwalteten dauerhaften Orte jedoch nur selten vor.

Da es sich bei dem Begriff Safe Place weder um einen klar definierten, noch um einen einheitlich gebräuchlichen Begriff handelt, ergeben sich teils grosse Unterschiede, was die Umsetzung derartiger Plätze betrifft. Im Folgenden sollen drei Konzeptionen vorgestellt werden.

DAS STÄNDIGE AUFSCHUECHEN DER BETROFFENEN FÜHRT SEHR OFT ZUM VERLUST VON EIGENTUM ODER DOKUMENTEN.

Modellprojekt Safe Place Berlin

Das Berliner Modellprojekt entstand aus einer Kooperation zwischen dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, dem Little Homes e.V. und einem sozialen Träger, der das Projekt sozialarbeiterisch aufsuchend begleitet.

Als Ort wurde eine kleine Fläche auf einem öffentlich zugänglichen, bezirkseigenen Parkplatz gewählt. Little Homes e.V. stellte drei kleine Wohnboxen auf. Die Bewohner wurden durch Sozialarbeiter:innen ausgewählt, die auch mehrmals die Woche vor Ort sind. Ziel ist es, die Bewohner:innen binnen maximal zwei Jahren am besten über Housing First in reguläre Unterbringungen oder dauerhaften Wohnraum zu vermitteln.

Die Wohnboxen werden den Bewohner:innen durch einen Schenkungsvertrag von Little Homes e.V. überlassen. Diese Schenkung ist allerdings an Bedingungen und Regeln geknüpft. So sind unter anderem übermässiger Alkoholkonsum oder der Konsum illegaler Drogen verboten, ebenso sind die Besuchszeiten reglementiert oder Übernachtungsgäste untersagt. Der Platz selbst sowie die überlassenen Little Homes dürfen nicht ohne weiteres von den Bewohner:innen umgestaltet werden. Bei Verstössen gegen diese Auflagen droht der Verlust des Little Homes oder ein Platzverweis.

Ausser einer mobilen Toilette steht keine weitere Infrastruktur (Duschen, Strom oder anderes) zur Verfügung. Hierfür sollen die Bewohner:innen umliegende Angebote wie zum Beispiel die Bahnhofsmision aufsuchen.

Safe Ground in Sacramento, Kalifornien

Im Juli 2023 konnten wir uns bei einem Fachkräfteaustausch in den USA ein Bild der Situation in Kalifornien machen. In Sacramento gibt es seit längerem verschiedene Safe Places respektive Safe Grounds. Einer davon, im Auftrag der Stadt von einem lokalen Träger betrieben, befindet sich am Stadtrand und ist ein reguläres städtisches Unterbringungsangebot. Die Zuweisung erfolgt über die örtlichen Behörden. Auf einem Teil des Areals stehen sechs Wohnwagen für bis

zu zwölf Personen, auf dem zweiten, grösseren Teil sind 60 Zelte für Einzelpersonen. Es gibt zudem mobile Dusch- und Sanitärcontainer, Strom-Ladestationen und Bürocontainer für Sozialarbeit, Verwaltung und weiteres.

Beide Bereiche sind eingezäunt und videoüberwacht. Security Personal kontrolliert rund um die Uhr das Gelände und führt Taschen- und Leibesvisitationen beim Betreten des Geländes durch. Während der Nacht herrscht Ausgangssperre und wer mehr als drei Tage ohne Abmeldung nicht erscheint, verliert den zugewiesenen Schlafplatz. Es herrscht striktes Alkohol- und Drogenverbot. Das Zusammenleben ist entsprechend stark reglementiert und strukturiert. So genannte Case Workers sind werktags vor Ort und bieten sozialarbeiterische Hilfe an.

Konzeptvorschlag Common Place Berlin

Vor einigen Jahren gab es in Berlin Bestrebungen, nicht nur einen Safe Place als Wohnraum für obdachlose Personen zu installieren, sondern einen «Common Place» zu gestalten. Hierbei sollten neben Wohnmöglichkeiten auch weitere Angebote wie ein Café, eine Fahrradwerkstatt und Urban Gardening implementiert werden, um den Platz nicht nur für obdachlose Personen, sondern auch für die Nachbarschaft und die Öffentlichkeit nutzbar zu machen. Die Konzeption sah eine autarke und ökologische Selbstversorgung vor und hatte einen stark gemeinwesenorientierten Charakter.

Die Bewohner:innen sollten – angeleitet durch einen Sozialen Träger, der vor Ort ein Büro haben sollte – das Café, die Werkstatt und so weiter betreiben. Der Zugang zum Wohnbereich sollte über ID-Karten erfolgen. Auch würden Besuchszeiten und Gäste reglementiert.

Bei allen drei Konzeptionen handelt es sich um – mal mehr, mal weniger – fremdbestimmte und reglementierte Formen des Zusammenlebens, die sich letztlich nicht an den Bedürfnissen der Adressat:innen orientieren. Schlussendlich zeigen sich hier dieselben Hürden, die von obdachlosen Personen an sonstigen Unterbringungsformen kritisiert werden beziehungsweise sie von bestimmten Wohnformen ausschliessen. Stichwort: Hochschwellige Zugänge, fehlende Selbstbestimmung, starre Regelwerke und Kontrolle, Konsumverbote, Wohnen mit unbekanntem Personen, mit denen man sich Gemeinschaftsräume, Küche, Bäder und anderes teilt, woraus entsprechend Konflikte entstehen können.

Die Erfahrung der Strassensozialarbeit zeigt, dass Betroffene aus den oben genannten Gründen derartig reglementierte Safe Places nur bedingt annehmen. In den USA konnten wir beobachten, dass sich im Umfeld des Safe Grounds viele Zelte befanden, da der Platz vor allem für die vielen Opiatabhängigen wegen der strengen Konsumverbote keine Option darstellt.

Entsprechend bieten derartig konzipierte Safe Places eigentlich kaum einen Mehrwert zum bestehenden Unterbringungssystem. Vielmehr besteht eher die Gefahr, dass sich durch die Verlagerung der Unterbringungen hinaus «auf

die Strasse» die aktuell schon unzureichenden Standards im Bereich der ordnungsrechtlichen Unterbringung weiter verschlechtern, wenn solche Safe Places als dauerhaftes Angebot etabliert werden. Letztlich sollte der Staat mehr in ordnungsrechtliche Unterbringungen und regulären Wohnungsbau investieren, anstatt mit Safe Places die Standards der Unterbringung weiter abzusenken.

Also doch keine Safe Places?

Wie oben beschrieben geht die Idee der Safe Places nicht zwangsläufig mit behördlicher Organisation einher. Handelt es sich um frei gewählte oder auch generell ausgewiesene Flächen, auf denen obdachlosen Personen Schutz vor Räumung und Verdrängung geboten wird, sind diese durchaus zu begrüssen. Hierfür sind jedoch keine hochschwelligeren Konzeptionen nötig. Als Gegenentwurf soll hier exemplarisch eine Erfahrung aus Berlin geschildert werden.

Hier gibt es seit einigen Jahren eine Platte, die auch ohne offizielle Widmung als Safe Place bezeichnet werden kann. Das zuständige Amt duldet das Camp zwar nicht offiziell, von einer Räumung wurde bisher aber abgesehen. Es wurde sogar eine mobile Toilette gestellt, die wöchentlich geleert wird. Das Camp liegt auf einer öffentlichen Brachfläche, wo es quasi keine Nutzungskonflikte mit Anwohnenden, Spielplätzen, Gewerbe und so weiter gibt. Durch diese «Quasi-Duldung» und das lange Bestehen, konnten sich hier Gruppenprozesse entwickeln. Es entstand eine relativ stabile Gemeinschaft, die sich gegenseitig unterstützt und auch Verantwortung für den Platz und die Gruppe übernimmt. •

Dieses Modell, bestehende Platten zu dulden und somit zum Safe Place für die Bewohnenden zu machen, wäre ein guter Weg, um den Kreislauf aus wiederkehrenden Räumungen und Verdrängung zu beenden. Letztlich kann fast jeder Ort, an dem obdachlose Personen nicht geräumt werden, ein Safe Place sein. Möchte man die Adressat:innen wirklich in ihrer Lebenswelt unterstützen, braucht es dafür den politischen Willen und nicht zwingend hochschwellige Konzeptionen.

Philip Moninger ist Streetworker bei «Gangway – Strassensozialarbeit in Berlin e.V.». Im Team «Drop Out Focus» arbeiten er und Kolleg:innen an zwei grossen Bahnhöfen der Hauptstadt mit obdach- und wohnungslosen Personen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Als Streetworker:innen beschäftigen sie sich neben der Einzelfall- und Gruppenarbeit auch mit politischen und gesellschaftlichen Themen, z. B. der Verdrängung aus dem öffentlichen Raum und mit der Weiterentwicklung der Profession Strassensozialarbeit. gangway.de

¹ <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/soziale-wohnhilfe/artikel.1286510.php>

Nutzen und Nicht-Nutzen von Streetwork

Eine empirische Untersuchung – Auszug aus der Masterthesis

Natalie Weippert

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung werden im Folgenden anhand der Kategorien Hilfe, Nutzen und Relevanzkontexte zusammenfassend dargestellt.

Hilfe

Hilfe zeichnet sich als Rahmenthema der Interviews ab. Anhand der unterschiedlichen Hilfeausprägungen (grundsätzlich Hilfe, Mithilfe und Hilfe überall) können verschiedene Nutzendimensionen abgeleitet werden. Zudem geht daraus hervor, dass die Wahrnehmung von Hilfe durch Streetwork in Abhängigkeit zu ihren Relevanzkontexten steht.

Nutzen

Der materiale Nutzen von Streetwork zeichnet sich durch Weitervermittlung an andere Stellen, Unterstützung bei Formalitäten und der Wohnraumsuche, Tipps und Hinweise der Streetworker:innen, den Umgang mit und Zugang zu Ämtern und die Brückenfunktion zwischen Lebenswelten der Nutzer:innen und der Institutionen aus. Hinsichtlich der Brückenfunktion von Streetwork erweist sich der soziale Status als Streetworker:in als Kernelement. Insgesamt korrelieren einzelne immaterielle und materielle Aspekte miteinander – durch einen immateriellen Nutzen können materielle Nutzen eröffnet werden und anders herum.

Der personale Nutzen von Streetwork äussert sich einerseits in der beschützenden Rolle der Streetworker:innen. Vertrauen bildet dabei einen wichtigen Aspekt und meint sowohl das Vertrauen der Nutzer:innen auf der Beziehungsebene gegenüber den Streetworker:innen als auch das Vertrauen in die Kompetenzen der Streetworker:innen. Zentral für den Vertrauensaspekt ist dabei die Verlässlichkeit der Streetworker:innen, die sich durch ein regelmässiges Aufsuchen der Nutzer:innen und einer Kontaktkontinuität auszeichnet. Andererseits stellt die Anerkennung der Nutzer:innen als gleichwertige Interaktionspartner:innen einen zentralen Aspekt hinsichtlich des personalen Nutzens von Streetwork dar. Durch eine freundschaftliche Art und Weise, die Freiwilligkeit im Kontakt und eine uneingeschränkte Kontaktaufnahme schaffen die Streetworker:innen ein gleichwertiges Interaktionsverhältnis. Mittels wiederholter Aufforderungen bestärken die Streetworker:innen ihre Nutzer:innen darin, Termine wahrzunehmen.

Der infrastrukturelle Nutzen von Streetwork zeichnet sich durch die räumliche und zeitliche Erreichbarkeit der Streetworker:innen aus. Diese Erreichbarkeit wird durch regelmässiges Aufsuchen der Nutzer:innen sowie die Erreich-

barkeit per Telefon oder im Büro geschaffen.

Anhand der infrastrukturellen Dimension von Nutzen im Sinne der Erreichbarkeit der Streetworker:innen werden Dimensionen materialen und personalen Nutzens eröffnet, dementsprechend wird eine Dependenz der Dimensionen ersichtlich. Zwischen materialer und personaler Dimension von Nutzen erweist sich zudem eine Interdependenz.

Relevanzkontexte

Gegenüber dem Streetworkangebot positionieren sich die befragten Nutzer:innen zwischen zwei Polen. Auf der einen Seite sehen sich befragte Nutzer:innen als Expert:innen und ordnen dem Streetworkangebot lediglich eine untergeordnete Rolle zu, auf der anderen Seite sehen sich befragte Nutzer:innen in Abhängigkeit davon. Anhand dieser Selbstpositionierungen wird weitergehend eine Korrelation zwischen Sorgen der Nutzer:innen und Nutzen von Streetwork ersichtlich.

Hinsichtlich einer Einschätzung der eigenen Lebenssituation sind die Aspekte Probleme, Ressourcen und Veränderung der Lebenssituation von zentraler Bedeutung. Durch das Bestehen oder Entstehen von Problemen ergibt sich für die befragten Nutzer:innen ein Nutzen von Streetwork. Gleichzeitig leitet sich durch das Bestehen und die Nutzung eigener Ressourcen ein Nicht-Nutzen von Streetwork ab. Durch Veränderungen der Lebenssituation verändern sich auch die Relevanzkontexte der befragten Nutzer:innen, dies ist als dynamischer Prozess zu verstehen.

Auch in der Relation zu anderen Nutzer:innen zeigen sich verschiedene Pole. Auf der einen Seite grenzen sich befragte Nutzer:innen klar von anderen Nutzer:innen ab und weisen auf ihre Autonomie und Selbstbestimmung hin. Auf der anderen Seite werden Vergleiche zu anderen Nutzer:innen durch die Streetworker:innen eine positive Bedeutung zugemessen.

Streetwork wird von den befragten Nutzer:innen unterschiedlich konzeptualisiert. So wird Streetwork einerseits nur eine unterstützende, entlastende Rolle zugeteilt. Andererseits wird Streetwork als Wegweiser gesehen und ihr damit eine leitende Rolle zuteil. Dabei bewegt sie sich zwischen Kontrolle und Freiwilligkeit.

Zuletzt wird Streetwork als Teil der Wohnungslosenhilfe wahrgenommen. Um der Selbstbestimmung und den Bedürfnissen ihrer Nutzer:innen gerecht zu werden, bedarf es einer Masse an Angeboten. Demnach wird Streetwork in Abhängigkeit zu anderen Hilfeangeboten und zur Selbstbestimmung der Nutzer:innen konzeptualisiert.

Natalie Weippert arbeitet seit zwei Jahren im Arbeitsfeld Streetwork in Freiburg. Neben ihrer Berufstätigkeit absolvierte sie den Master Soziale Arbeit, wobei sie sich in ihrer Masterthesis mit dem Thema Nutzen und Nicht-Nutzen von Streetwork auseinandersetzte.
natalie.weippert.nw@googlemail.com

Peer-Arbeit in Leipzig – SAFE-Strassensozialarbeit für Erwachsene

Im Folgenden wird versucht, Peer-Arbeit anhand eines Peer-Projektes, das seit November 2022 in Leipzig am Entstehen ist, aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Es wurde dabei bewusst darauf verzichtet, wissenschaftliche Ansätze und Erklärungsmodelle zu Rate zu ziehen, sondern den Teilnehmenden selbst das Wort zu überlassen um ihre Meinung zu hören.

Tino Neufert

Zur Einordnung: «Safe-Strassensozialarbeit für Erwachsene» arbeitet seit Ende 2009 aufsuchend mit marginalisierten Gruppen und Einzelpersonen. Aktuell sind ca. 20 hauptamtliche Strassensozialarbeiter:innen in Leipzig und Dresden tätig. Ende 2021 entstand die Idee auszuloten, wie der partizipative Ansatz in die Strassensozialarbeit einfließen kann. Daraus entstand eine Gruppe interessierter Menschen, die schildern, was Peearbeit für sie ganz persönlich bedeutet.

Tino

Martin sass bei uns im Büro. Er wollte einfach nur mal reinschauen, einen Kaffee trinken und ein bisschen schwatzen. Genau dieser Schwatz bekam letztendlich eine ungeahnte Dynamik.

In unserem Konzept (wie sicher in den meisten anderen Konzepten zur Umsetzung von Sozialer Arbeit) stehen schon seit Beginn des Projektes «Safe-Strassensozialarbeit für Erwachsene» die Begriffe Partizipation, Beteiligung, Integration, Inklusion, Teilhabe und so weiter. In der Umsetzung dieser Begrifflichkeiten hat es meiner Meinung nach aber schon immer Schwierigkeiten gegeben, beziehungsweise sind dies oft einfach nur Worthülsen. Wir zum Beispiel haben früher Adressat:innen an unserer Arbeit teilhaben lassen, indem wir sie gefragt haben, wohin sie einen Tagesausflug machen wollen, welche Freizeitaktivitäten ihnen Spass machen oder was sie am liebsten auf dem Grill beim Strassenfest sehen wollen. Alles sinnvolle Fragen, die aber nicht viel mit Partizipation zu tun haben. Und dann kam vorletztes Jahr Martin ins Büro und alles wurde anders. Martin wollte mithelfen, wollte in der Beratungszeit Adressat:innen unterstützen. Schnell wurde aber klar: einfach damit starten geht nicht. Ein Konzept musste her. Und um dieses Konzept zu schreiben, benötigten wir die Hilfe unserer Adressat:innen, beziehungsweise von Menschen, die Erfahrungswissen mitbringen – die Peer-Treffen waren geboren.

Kurz zur Begrifflichkeit: Anfänglich war es gar nicht so einfach, die Teilnehmenden der Treffen zu «betiteln», sie mit der richtigen «Funktion» anzusprechen. Im sozialarbeiterischen Sprachgebrauch benutzen wir normalerweise das

Wort Adressat:innen. Es existieren aber auch die Wörter Selbstvertreter:innen oder Erfahrungswissende. Letztendlich habe ich bei einem der Peer-Treffen in die Runde gefragt, was für die Leute am besten passt und es wurde der Begriff «Peer» für gut befunden.

Beim ersten Treffen waren wir noch zu viert. Mittlerweile kommen zu den monatlichen Treffen zwischen sieben und zehn Peers. Was uns alle verbindet, sind die beiden Grundfragen, mit denen ich zum ersten Treffen eingeladen habe:

1. Wie können erfahrungswissende Menschen uns Streetworker:innen in der Arbeit unterstützen?
2. Wie können wir erfahrungswissende Menschen bestmöglich an unserer Arbeit teilhaben lassen?

Schon nach den ersten beiden Treffen gab es so viele Ideen, dass wir anfangen mussten auszusortieren und zu priorisieren. Die drei Ideen, die aktuell auf unserer To-do-Liste ganz oben stehen und die wir unbedingt umsetzen wollen, sind:

- Eine peergeführte Sprechstunde, in der Menschen grundversorgt werden, ihnen bei Behörden- und anderen Angelegenheiten geholfen wird und anderes.
- Workshops zu den Themen Armutserfahrung, Wohnungslosigkeit, Suchterkrankung, die wir für Schulen und Studierende, aber auch Polizei, Ordnungsamt, Sicherheitsdienste, Politik und andere Interessierte anbieten.
- Eine speziell für Peers konzipierte Ausbildung mit Modulen und einem eigenen Curriculum.

Von Beginn an hatte ich kaum Zweifel, dass der Einbezug von Peers in die Soziale Arbeit bei Safe funktionieren würde und auch nach etwas über einem halben Jahr mit den Peers und den Treffen bin ich persönlich immer noch wie elektrisiert. Meine Arbeit erscheint mir sinnvoller und nachhaltiger als je zuvor und ich bin der Meinung, dass darin auch in Zukunft riesige Potenziale liegen, die «nur» noch entdeckt und entwickelt werden müssen. Ja, ich war sicher ein Initiator, habe anfänglich zu den Treffen eingeladen, diese angeschoben, habe auch moderiert und Ergebnisse schriftlich festgehalten. Mittlerweile würde ich mich aber eher als Unterstützer der Gruppe bezeichnen. Ich helfe mit, >

ICH DENKE, PEERS KÖNNEN DEN KONTAKT ZWISCHEN BETROFFENEN UND STREETWORKER:INNEN EINFACHER HERSTELLEN UND SOMIT BARRIEREN ABSCHAFFEN.

DIE FRAGE: «WIE WEIT DARF HILFE GEHEN, WAS MUSS UND WAS DARF ICH TUN?», IST SEHR SPANNEND FÜR MICH. ICH HOFFE, HIER IM PEER-PROJEKT EINE BRÜCKE DAFÜR MITZUBAUEN, DIE EINE LÜCKE SCHLIESST.

gebe Zeit, Raum und bringe mein Fachwissen und meine Ideen ein – so wie alle anderen auch. Und das macht mir riesigen Spass.

Jule

Dieses Projekt gibt mir die Möglichkeit, mein Erfahrungswissen mit hilfebedürftigen Menschen zu teilen. Es kann ihnen somit den Mut geben, ihre Situation zu bekämpfen, um in den Prozess des «Empowerment» (Selbstbefähigung) zu kommen. Peerarbeit ist sehr wertvoll, denn es ist Kontakt auf Augenhöhe. Man spricht dieselbe Sprache. Wir Peers haben die ganze Situation selber schon durchgemacht. Von Wohnungslosigkeit über Sucht bis hin zur Hoffnungslosigkeit, in der man anfängt, sich selber aufzugeben. Als Peer habe ich die Möglichkeit, den Menschen von meinem Weg zu berichten. Ich kann ihnen zeigen, dass, egal wie aussichtslos die Situation auch sein mag, es immer einen Weg wieder raus gibt. Somit können wir zusammen mit den Streetworker:innen verhindern, dass Menschen, die sich akut in solch einer Situation wie wir damals befinden, aufgeben, sondern ihnen Mut geben zu kämpfen. Wir können einen Weg aufzeigen, den wir selber gegangen sind und die Menschen an der Hand nehmen und ein Stück weit begleiten, um ihren eigenen Weg zu finden. Raus aus der Wohnungslosigkeit und somit raus aus der Sucht. Ich denke, Peers können den Kontakt zwischen Betroffenen und Streetworker:innen einfacher herstellen und somit Barrieren abschaffen. Denn als ehemals Betroffene können wir uns leichter in die Situation einfühlen, ohne dass es viel Erklärungsbedarf gibt, was meiner Meinung nach hilfreich ist, um in den Kontakt zu kommen. Wiederum können wir pragmatische Lösungen finden und somit schon Basisarbeit leisten und Selbsthilfestrategien aufzeigen. Wir haben einfach einen anderen Zugang zu den Leuten als die Expert:innen. Zusätzlich könnten die Sozialarbeiter:innen mit den geschulten Peers eine umfangreichere und breiter gefächerte Betreuung und Begleitung leisten. Im Allgemeinen würde dieses Projekt eine Erleichterung für das Wohnungslosenhilfesystem, uns Peers und Betroffene darstellen.

Chriss

Je länger ich hier sitze und darüber nachdenke, desto schwieriger wird es für mich, diese Frage zu beantworten. Denn ich schweife gedanklich ab, erinnere mich an meine Vergangenheit. An Momente, in denen keiner da war, an Momente, in denen ich mir gewünscht habe, dass jemand da gewesen wäre. Wie oft habe ich meine Fresse gehalten, weil ich Angst hatte, nicht ernst genommen zu werden oder als dumm dazustehen? Wie oft habe ich deshalb resigniert? Aus diesen und vielen anderen niederschmetternden Gründen glaube ich sehr an das «Peer-Projekt», denn genau so wie ich mich damals gefühlt habe, geht es auch unzähligen anderen.

Durch meine Erfahrungen kann ich Leuten, die sich nun in einer ähnlich miesen Situation befinden, endlich etwas zurückgeben, ihnen das Gefühl geben, nicht alleine zu sein und verstanden zu werden. Denn am Ende waren es auch bei mir die Menschen, die an mich geglaubt haben und trotz beschissener Umstände an meiner Seite standen und mich ermutigten weiterzumachen. Des Weiteren bedeutet dieses Projekt auch beruflich eine Chance für mich. Eine Sache, auf die ich selber übelst Bock habe! Mein alter Therapeut würde bestimmt so etwas sagen wie: «Eine Chance mich mit mir selber zu beschäftigen und meiner Vergangenheit zu stellen.» Tatsächlich sehe ich dadurch auch die Chance weiter zu wachsen. Es ist eine tolle Erfahrung für mich, ein Teil dieses Teams zu sein. Verantwortung zu bekommen und auch Verantwortung zu übernehmen. Im «Peer-Projekt» steckt eine geballte Ladung Wissen und Erfahrung von Betroffenen, aber auch von Leuten aus dem Sozialwesen ein, und diese gilt es nun zu bündeln. Für mich persönlich ist der Umgang mit Emotionen das A und O, denn jeder Mensch hat seine eigene Geschichte und sein eigenes Päckchen, das er trägt respektive ertragen muss. Aber auch die Frage: «Wie weit darf Hilfe gehen, was muss und was darf ich tun?», ist sehr spannend für mich. Ich hoffe, hier im Peer-Projekt eine Brücke dafür mitzubauen. Eine Brücke, die eine Lücke schliesst.

Marcel

Hi, ich bin Marcel, 30 Jahre alt, suchtkrank, ehemals wohnungslos, nun rehabilitiert, und durfte im November des letzten Jahres meinen Bundesfreiwilligendienst bei SAFE-Strassensozialarbeit für Erwachsene in Leipzig antreten. Somit wurde ich auch Zeuge der Geburtsstunde des «Peer-Projekts» und möchte hiermit meine ersten Eindrücke schildern und was das Ganze für mich bedeutet.

Aufgrund eigener Erfahrungen, die ich als Betroffener im Bereich der Wohnungs- und Arbeitslosigkeit gesammelt habe, weiss ich, wie schnell man sich in solch einer prekären Situation abgehängt fühlt. Wie sehr es am Selbstbewusstsein kratzt und existenzielle Ängste und Perspektivlosigkeit schürt. Man fühlt sich nicht mehr als Teil der Gesellschaft, schämt sich und isoliert sich dadurch immer weiter. Natürlich gibt es Hilfsangebote, diesen Teufelskreis zu durch-

brechen, jedoch ist es unglaublich schwierig, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn man immer mehr den Gedanken verinnerlicht, diese gar nicht erst wert zu sein. Gleichzeitig wird man im Laufe der Zeit das Gefühl nicht los, für den Rest seines Lebens auf diese Hilfe angewiesen zu sein, wodurch es unglaublich schwerfällt, sich später wieder als ein autonomes und selbstbestimmtes soziales Wesen zu betrachten. Genau hier kommt die Idee des «Peer-Projekts» ins Spiel – die Idee der Hilfe durch ehemals Betroffene. Die Idee der Partizipation, der Selbstwirksamkeit und Mitwirkung Erfahrungswissender im Bereich der Wohnungslosenhilfe. Klar befindet sich das alles noch in den Kinderschuhen und zu Beginn waren es nur drei, vier Leute, die sich monatlich zusammenfanden, um Perspektiven und potenzielle Konzepte zur Umsetzung zu erörtern. Es ging um Aufklärungsseminare, die auf die Themen Wohnungslosigkeit, Armut und Sucht sensibilisieren sollen, darum, Empathie und Einfühlungsvermögen für Betroffene zu fördern. Bis hin zu sogenannten autonomen Peersprechstunden, in denen Leute in prekären Situationen einfach vorbeischauchen können, um sich auszukotzen, Erfahrungen auszutauschen, zusammen nach Wohnungen zu suchen, oder um Begleitung bei Amtsgängen zu bitten. Eben solche niedrigschwelligen Hilfsangebote, für die Sozialarbeiter:innen kaum Zeit haben, die aber dennoch ungemein wichtig sind, um Beziehungsarbeit zu leisten. Natürlich habe ich im Laufe des letzten halben Jahres auch kritische Stimmen zum Thema gehört: «Also wollen die unseren Job übernehmen? Aber das sind doch keine ausgebildeten Sozialarbeiter:innen! Klingt irgendwie nach Beschäftigungsmaßnahmen...». Oberflächlich betrachtet sind das nachvollziehbare Bedenken und Aussagen, die man nicht einfach totschiweigen sollte. Aber es ist so unglaublich viel mehr als das, und ich bin ich mir sicher, dass dieses Projekt einen ausgeprägten und nachhaltigen Benefit für das Hilfesystem, die Peers, und vor allem für die Beziehungsarbeit zu den Adressaten:innen der Wohnungslosenhilfe haben wird. Es schafft unterschwellige Barrieren zwischen Hilfesuchenden und Helfenden ab, entlastet die Sozialarbeiter:innen, schafft Perspektiven und Selbstwirksamkeit für ehemals Betroffene, wodurch diese gleichzeitig eine natürliche und greifbare Vorbildfunktion für Menschen einnehmen, die den Glauben daran verloren haben, jemals wieder aus ihrer Situation herauszufinden. Es ist meiner Meinung nach der erste richtige Ansatz zur Verwirklichung der immer wiederkehrenden, aber nie wirklich angegangenen Thematik «Partizipation», weswegen ich sehr froh darüber und stolz darauf bin, bei diesem Projekt von Anfang an dabei sein zu dürfen.

suchtzentrum.de/safe

Defensive Architektur in Basel

Auszug aus einer Projektarbeit für die Berufsfachschule Gesundheit und Soziales Baselland

Sabine Beythien, Tanja Gomez und Selma Hernandez

Als erstes wollen wir den Begriff «defensive Architektur» klären. Anschliessend gehen wir auf verschiedene Beispiele von defensiver Architektur im Raum Basel ein sowie auf den Aspekt, was die Stadt Basel aktiv für obdachlose Personen macht. Defensive Architektur betrifft allerdings nicht nur obdachlose Menschen, sondern eine weit grössere Zahl an Personen. In diesem Artikel beschränken wir uns jedoch auf obdachlose Personen, welche aufgrund ihrer Wohnungslosigkeit am stärksten von defensiver Architektur betroffen sind.

Begriffsklärung

«Defensiv» bedeutet «der Verteidigung dienend» oder auch «auf Sicherheit bedacht». Hinter dem Begriff defensive Architektur steckt also ein architektonisches Design, das den Nutzen hat, die Gesellschaft zu schützen. Die Frage ist nun: vor was oder wem? Darauf gibt die defensive Architektur ebenfalls eine Antwort: Es sind zum Beispiel Bänke, die bis zum Boden gehen, so dass Drogenhändler:innen keine Möglichkeit haben, sie als Versteck oder als Übergabeort zu nutzen. Der Begriff defensive Architektur entstammt dem Begriff Wehrarchitektur, welcher auf Burganlagen zurückzuführen ist. (Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache) (Heim, 2022) (Novotony, 2022) (Savic, et al., 2012)

Im englischen Sprachraum hat sich der Begriff seit den 1980er Jahren aus den historischen Befestigungsanlagen gegen Menschen, Tiere und bestimmte Aktivitäten entwickelt. Im deutschen Sprachraum ist der Begriff defensive Architektur seit 2010 bekannt und gebräuchlich. (Wikipedia, 2022)

Synonyme für Defensive Architektur sind unter anderem defensives Design, Anti-Obdachlosen-Architektur, feindliche Architektur oder feindliches Design (Hostile Architecture/Design). (Novotony, 2022) (Wikipedia, 2022)

Defensive Architektur ist für Betroffene alles andere als subtil und hat auch nichts mit Architektur zu tun, weshalb dieser Begriff auch nicht aus der Architektur stammt, sondern aus den Sozialwissenschaften. So sagt Dietrich Lohmann (LOST architekten GmbH) in unserem Interview: «Ich dachte, defensiv ist etwas, was sich zurücknimmt, dass man es nicht so forciert wahrnimmt. Das ist ein Design der Verhinderung und das würde ich nicht mit defensiv beschreiben.»

Defensive Architektur hat den Zweck, bestimmten Personengruppen den längeren Aufenthalt im öffentlichen Raum so unangenehm wie möglich zu machen. (Heim, 2022)

Verschiedene Arten und Beispiele defensiver Architektur in Basel

Das bekannteste Beispiel sind mögliche Liegeflächen im öffentlichen Raum, welche durch defensive Architektur so >

HINTER DEM BEGRIFF DEFENSIVE ARCHITEKTUR STECKT ALSO EIN ARCHITEKTONISCHES DESIGN, DAS DEN NUTZEN HAT, DIE GESELLSCHAFT ZU SCHÜTZEN. DIE FRAGE IST NUN: VOR WAS ODER WEM?

(um-)gestaltet werden, dass ein längerer Aufenthalt nicht möglich, respektive sehr unangenehm ist. Dazu gehören zum Beispiel Parkbänke, die mittels Armlehnen unterteilt sind, sodass das Liegen oder Schlafen auf der Bank unmöglich gemacht wird.

Ein weiteres bekanntes Beispiel sind überdachte Nischen und Brückenunterführungen, welche Liegeflächen bieten würden, aber mit Spikes oder Metallkugeln übersät sind. Eine subtile Form davon gibt es auch, wenn Ränder von Metallbänken abgerundet werden und leicht abgeschrägt sind, sodass man beim Liegen hinunterfällt.

Unter defensive Architektur fallen ausserdem Sprinkler-Anlagen, die mitten in der Nacht losgehen (gegen Obdachlose), blaues Licht (gegen Drogenkonsument:innen), Ultraschall-Geräusche (gegen Jugendliche), Bolzen bei Geländern und abgerundete Kanten (gegen Skater:innen) und jegliche Art von Steinen, Findlingen, Formelementen, Taubenspikes oder Poller. (Selena, et al., 2013)

Diskriminierung

Unserer Meinung nach ist Defensive Architektur die direkte Widerspiegelung, wie Obdachlose tagtäglich diskriminiert und ausgeschlossen werden. Durch defensive Bauten werden sie aus dem öffentlichen Raum vertrieben und an der gesellschaftlichen Teilnahme gehindert. Hier stellt sich schnell die Frage, was Diskriminierung genau ist und wie sie sich zeigt. Im Folgenden klären wir den Begriff und finden durch Recherche heraus, wie Diskriminierung entsteht und welche Formen von Diskriminierung existieren.

Diskriminierung bezieht sich auf öffentliche, herabwürdigende Handlungen gegenüber Personen oder Personengruppen. (Duden, 2022) Dabei werden die Betroffenen aufgrund

von wesentlichen Identitätsmerkmalen diskriminiert, welche nicht oder nur schwer abzulegen sind. (Suter, 2015) Diskriminierte Personen werden von der Mehrheitsgesellschaft ungleich und herabsetzend behandelt. (Senn, et al., 2009) Den Betroffenen wird Schaden zugefügt, und sie werden benachteiligt. (Duden, 2022) Die diskriminierende Handlung muss eine Illegitimität (fehlende objektive Rechtfertigung) aufweisen. (Beelmann, et al., 2009) Ist die Handlung jedoch begründbar (zum Beispiel zum Schutz anderer), gilt diese nur als diskriminierend, wenn es eine alternative Handlungsmöglichkeit, welche keiner Person oder Personengruppe schadet, gäbe. (Amnesty International, 2022) Ein weiterer Aspekt von Diskriminierung ist die soziale Kategorisierung von Menschen. Sie werden als Teil einer einheitlichen sozialen Gruppe wahrgenommen und ihnen werden kollektive Identitäten und Eigenschaften, welche sie von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden, zugeschrieben. Die diskriminierten Personen werden so aktiv von der Gesellschaft ausgegrenzt. (Scherr, et al., 2020) (Beelmann, et al., 2009) (Bundeszentrale für politische Bildung, 2016) Die diskriminierenden Handlungen können von Einzelpersonen, aber auch von Institutionen ausgeübt werden. Diskriminierung beschränkt sich jedoch nicht nur auf die ausübenden Personen oder Institutionen, sondern auch auf die Betroffenen. Was als diskriminierend wahrgenommen wird, hängt nämlich von der subjektiven Wahrnehmung der Betroffenen ab und ob diese die Handlung als einschränkend beurteilen. (Beelmann, et al., 2009)

Verschiedene Arten von Diskriminierung

Strukturelle Diskriminierung beschreibt eine geplante, oder auch gewollte Diskriminierung. Täter:innen üben ihre diskriminierenden Handlungen bewusst aus, um andere aktiv aus-

zuschliessen. Strukturelle Diskriminierung kommt oft in der Arbeitswelt vor. Beispielsweise werden Menschen mit Migrationshintergrund daran gehindert, eine Leitungsposition zu erhalten. Und zwar ausschliesslich aus dem Grund, dass sie keine Schweizer:innen sind und nicht etwa aufgrund von fehlenden Kompetenzen. Strukturelle Diskriminierung ist ebenfalls in defensiver Architektur wiederzufinden. Die Stadt Basel gestaltet den öffentlichen Raum so, dass sich obdachlose Personen nur erschwert darin aufhalten können. (Senn, et al., 2009) (Humanrights.ch, 2020)

Institutionelle Diskriminierung findet auf der Ebene von Organisationen wie beispielsweise Geschäfte, Schulen oder Städten statt. Sie beinhaltet Regeln, Gewohnheiten oder Abläufe, welche Betroffene regelmässig diskriminiert. Institutionelle Diskriminierung ist oft schwierig zu erkennen, weil sie meist subtil abläuft und von Dritten, aber auch von Betroffenen selbst, als gewöhnlich wahrgenommen wird. Strukturelle und institutionelle Diskriminierung gehen oft Hand in Hand. Sie lässt sich auch in defensiver Architektur finden; die Stadtplanung Basel als Institution ist für die Errichtung defensiver Bauten zuständig. (Scherr, et al., 2020) (Humanrights.ch, 2020)

Direkte respektive aktive Diskriminierung lässt sich meist bei Privatpersonen beobachten und beinhaltet verbale oder körperliche Gewalt. Obdachlose Personen sind auch von aktiver Diskriminierung betroffen, wenn sie beispielsweise als «Penner» beschimpft oder ausgeraubt werden. Defensive Architektur übt jedoch keine aktive Diskriminierung aus. (Humanrights.ch, 2020) (Stadt Wien)

Indirekte Diskriminierung liegt vor, wenn eine scheinbar neutrale Handlung ohne böse Absicht Personen ins Visier nimmt, die Handlung selbst jedoch zur Benachteiligung von bestimmten Personengruppen führt. Beispielsweise bietet eine Firma ihren Teilzeitarbeiter:innen keine Aufstiegsmöglichkeiten. Da die meisten Frauen in Teilzeit angestellt sind, fehlt so die Chancengleichheit und Frauen werden indirekt diskriminiert.

Defensive Architektur geschieht verschleiert und diskret. Vielen Menschen ist deren Existenz gar nicht bewusst und sie empfinden diese als neutral. (Humanrights.ch, 2020) (Stadt Wien)

Symbolische Diskriminierung geschieht über verschiedene Medien wie Bilder, Objekte, Verkleidungen oder ähnliches. So auch in der defensiven Architektur: Sie symbolisiert Ausgrenzung und Vertreibung und findet durch Bauten statt, während die Gesichter und Namen der verantwortlichen Personen versteckt bleiben. (Senn, et al., 2009) (BFF – Frauen gegen Gewalt)

Mehrfache respektive intersektionelle Diskriminierung findet statt, wenn die betroffenen Personen mehrere Merkmale aufzeigen, die zu einer Form von Diskriminierung führen können. Dann ist es möglich, dass sie in verschiedenen Kontexten aufgrund verschiedener Merkmale Diskriminierung erleben. Dies kann einen verstärkenden Effekt haben und sie werden deshalb intensiver und häufiger diskriminiert.

Beispielsweise laufen junge, dunkelhäutige Männer (drei Merkmale) eher Gefahr, grundlos von der Polizei kontrolliert zu werden. Soweit uns bekannt ist, bezieht sich defensive Architektur nur auf ein Merkmal: Die Wohnungslosigkeit beziehungsweise die Armut. Sie tangiert beispielsweise nicht nur obdachlose Frauen, sondern alle obdachlosen Personen.

Unserer Recherche lässt darauf schliessen, dass defensive Architektur Diskriminierung ist, da sie den in unserer Begriffserklärung erläuterten Merkmalen entspricht. Defensive Bauten aufzustellen ist eine öffentliche, herabwürdigende Handlung, welche Personen aufgrund des Identitätsmerkmals der Obdachlosigkeit von der Mehrheitsgesellschaft ausgrenzt. Defensive Architektur lässt sich nicht objektiv rechtfertigen. Und selbst wenn, gäbe es Handlungsalternativen, welche keiner Personengruppe schaden würden. Eine soziale Kategorisierung liegt ebenfalls vor: Obdachlose Personen werden als einheitliche soziale Gruppe mit kollektiven Eigenschaften wahrgenommen und nicht als Individuen. Defensive Architektur zeigt die Merkmale struktureller, institutioneller, indirekter und symbolischer Diskriminierung.

Der Auszug wurde redaktionell bearbeitet und kann vom Original abweichen. Die ganze Arbeit finden Sie unter: <https://www.schwarzerpeter.ch/wp-content/uploads/2023/10/Defensive-Architektur-in-Basel.pdf>



Le Syndicat des immenses: un non-modèle inspirant?

Das im März 2019 in Brüssel gegründete Syndicat des immenses (SDI) nannte sich zunächst Les précaires en colère, aber «prekär» ist wie «sans-abri» oder «sans-papiers» stigmatisierend und reduzierend. So entstand die aufwertende Bezeichnung «immense», ein Akronym für «individuuum dans une merde matérielle énorme mais non sans exigences (Individuum in einer riesigen materiellen Scheiße, aber nicht ohne Ansprüche). Im Klartext: Ein immenser Mensch ist eine Person, die hier oder anderswo nicht oder schlecht untergebracht ist.

Laurent d'Ursel

Fondé en mars 2019 à Bruxelles, le Syndicat des immenses (SDI) s'est d'abord appelé Les précaires en colère, mais «précaire», comme «SDF», «sans-abri» ou «sans-papiers», est stigmatisant et réducteur. A surgi alors la dénomination valorisante immense, acronyme de Individu dans une Merde Matérielle Énorme mais Non Sans Exigences. En clair, un immense est une personne en non-logement ou mal-logement, d'ici ou d'ailleurs.

Le SDI est un groupe de pression et d'action, non un groupe de parole. Comme il y a un syndicat des propriétaires et un syndicat des locataires, il y a désormais un syndicat des aspirants locataires/propriétaires.

Le SDI est un lobby citoyen hyper actif, une start-up sociale post-charité, un corps intermédiaire, un interlocuteur soci[ét]al, un laboratoire psycho-social et philosophique de réflexions politiques, d'actions engagées et de propositions constructives avec et en faveur des immenses.

Le SDI porte 40 revendications, défend les droits des immenses, intervient dans l'espace public et participe à de nombreux événements. Il réunit une bonne vingtaine de personnes, tous les lundis, sans exception, de 11h à 14h, chez DoucheFLUX.¹

Le SDI a un logo, une bannière, un site, un compte bancaire, une page Facebook, un compte Instagram, une adresse mail, une chaîne Youtube, une affiche, un flyer, d'innombrables slogans, un hymne, un t-shirt, un tote bag, un sticker, des cartes de membre et de visite, bientôt des statuts et une devise : « Pas de démocratie sans un logement pour tou-te-s ! », et quel que soit ce logement, standard ou alternatif, personnel ou communautaire, pourvu qu'il soit choisi, et non subi. Le SDI a publié un livre, produit des vidéos et réalisé des cartes typographiques. Le SDI est membre de l'European Action Coalition for the Right to Housing and to the City. La stratégie d'action du SDI repose sur 5 axes complémentaires.

1. Imposer des mots clés

- Une correction liminaire : ne plus dire «sans-abri» ni «sans-abrisme», mais sans-chez-soi et sans-chez-soirisme,

UNE CORRECTION LIMINAIRE : NE PLUS DIRE «SANS-ABRI» NI «SANS-ABRISME», MAIS SANS-CHEZ-SOI ET SANS-CHEZ-SOIRISME, CAR LA PLUPART DESDITS «SANS-ABRIS» ONT UN ABRI. LEUR POINT COMMUN EST D'ÊTRE PRIVÉS D'UN CHEZ-SOI.

car la plupart desdits «sans-abris» ont un abri. Leur point commun est d'être privés d'un chez-soi.

- La dénomination politique des personnes sans chez-soi est donc immense et l'immensité désigne la survie sans authentique chez-soi. Une personne non-immense est un-e escapé-e, acronyme de Enclos-e dans le Système mais Capable Aisément et Périodiquement de s'Échapper. Un-e immenscapé-e est un-e immense dans certaines dimensions de sa vie et un-e escapé-e dans d'autres.
- Sociétaliser un phénomène, c'est en faire, non un fait divers, mais un fait de société.
- Le sans-chez-soirisme persistant repose sur une quadruple réalité, qu'il urge de nommer pour bien la combattre:
 - 1 l'hierarchisme: valorisation inégale des vies humaines ;
 - 2 le désuniversalisme: pratique du deux poids, deux mesures;²
 - 3 l'allomorphisme: mise en place de dispositifs à destination des immenses par des escapés qui n'envisageraient jamais de recourir pour eux-mêmes à ces dispositifs ;
 - 4 la nécropolitique: ne pas tuer les immenses mais les «punir» d'être encore vivants en leur rendant la vie impossible.³

2. Dire sa réalité

- Des mots nouveaux s'imposent pour dire l'immensité, inimaginable pour les escapés. Le Thésaurus de l'immensité compte plus de 150 mots et sera publié en mars 2024.
- Le SDI multiplie les occasions de rencontres et d'échanges entre immenses et escapés.

3. Forcer le dialogue

- Exceptionnel exercice de croisement et amplification des savoirs de terrain et universitaires, la première « Université d'été des immenses » s'est tenue en 2021 à la Vrije Universiteit Brussel et a débouché sur la publication de Politique et immensité en 2022.

Les quatre thèmes étaient :

- a) Zéro déchet (humain)
- b) Pour un Thésaurus de l'immensité
- c) Contre la nécropolitique à l'œuvre dans les politiques sociales

d) En nous envoyant des réfugiés ukrainiens, «saint Poutine» a éclipsé «saint Covid»

- La deuxième « Université d'été des immenses » aura lieu fin 2023 à l'Université Saint-Louis de Bruxelles. Les trois thèmes sont:
 - a) L'humanisme est essentiel
 - b) Fin des inégalités ou des injustices: quelle priorité?
 - c) Illégalités, incuries et autres fourberies de l'État
- Parce qu'il ne suffit plus du tout de « donner la parole » mais de la prendre au sérieux et d'y répondre, le sous-titre de Politique et immensité est « Les immenses à votre écoute ». On le précise car on est encore loin du compte.

4. Contrattaquer

- «Nos revendications sont impayables?» Avec feu le mouvement Droit à un toit/Recht op een dak, le SDI a commandé au département DULBEA de l'Université libre de Bruxelles une étude sur le coût du sans-chez-soirisme en Région bruxelloise. Sa conclusion est décisive (la (non-)abolition du sans-chez-soirisme n'est pas une question d'argent) et non surprenante (la Finlande, seul pays européen où le nombre de personnes sans chez-soi diminue parce qu'ils ont attaqué le problème par le bon bout, à savoir le logement, répète depuis des années que sa politique est financièrement rentable, outre qu'elle sauve des milliers de vie).
- «On vous dérange? Ça tombe bien, la réciproque est vraie aussi !» Si les nuisances causées parfois par des immenses sont régulièrement dénoncées, les nuisances occasionnées par les escapés à l'encontre des immenses ne sont jamais, elles, évoquées. Le SDI s'y emploie.
- Contre le millénaire tri entre les «pauvres méritants» et les autres (paresseux, vicieux, profiteurs, assistés), le SDI propose semblable tri entre les escapés méritants et les autres.

5. Chercher l'origine du sans-chez-soirisme (persistant)

- La cause unique du sans-chez-soirisme est la conviction, en dépit du contre-exemple finlandais, qu'il est une fatalité. Or le sans-chez-soirisme n'est même pas un «problème social», seulement une «problématique sociétale». Sociétaliser la question, c'est décider 1) de ne pas se demander dans quelle mesure telle personne sans chez-soi est plus ou moins responsable de sa situation et 2) que cette situation, inacceptable, est imputable à une démission de l'État. Et plus on sociétalise la question, moins on se contente de voler au secours des personnes sans chez-soi en multipliant les mesures d'«urgence» (qui dépannent à ultra court-terme mais sont contre-productives à long terme), et plus on s'applique à prévenir le sans-chez-soirisme et à reloger au plus vite les personnes sans chez-soi... ce qui ne va pas

sans repenser le fonctionnement du marché immobilier, et donc rééquilibrer le rapport de force entre le «droit au logement» et le «droit de la propriété privée». Qu'il soit public ou privé, un logement a une finalité sociétale, n'en déplaise aux bailleurs qui n'y voient qu'un bien d'investissement. Le manque catastrophique de logements abordables en Région bruxelloise n'est pas imputable à la « dure loi implacable du marché » mais à la décision de ne pas réguler davantage ce marché.

- On ne citera ici que les deux plus criantes absurdités auxquelles conduit la non-sociétalisation de la question du sans-chez-soirisme.

1) En Belgique et sans doute ailleurs, les autorités publiques en charge du Logement ne sont pas compétentes pour la gestion/prévention du sans-chez-soirisme. En clair, être en non-logement n'est pas considéré comme un problème de logement, mais un problème social-santé. Une «manif au finish» du SDI a permis de «corriger» cette erreur au niveau de la Région bruxelloise. Il reste que les secteurs d'activité «sans-chez-soirisme» et «logement» sont structurellement déconnectés, appartiennent à des fédérations différentes et dépendent de financements politiques spécifiques.

2) Personne ne tire la conclusion pourtant logique du succès du programme Housing First⁴: s'il fonctionne pour les cas les plus compliqués/lourds/désespérés, il fonctionnerait forcément pour tous les autres. Qu'attend-on pour l'universaliser?

- Si le sans-chez-soirisme n'est pas inéluctable et que son abolition est rentable, comme expliquer sa persistance? La réponse du SDI tient en 4 mots, déjà mentionnés: hierarchisme, désuniversalisme, allomorphisme et nécropolitique. Un diagnostic imparable qui, en même temps, dessine le cadre des actions du SDI.

Les 5 axes stratégiques du SDI se retrouveront au cœur de L'immense festival, un événement d'envergure, multiculturel et multilingue, sociétal et non-lucratif, qui aura lieu pendant tout le mois de mars 2024 en Région bruxelloise. De très nombreux événements culturels (au sens large du terme), touchant de près ou de loin l'immensité et impliquant d'une manière ou d'une autre des immenses, permettront au grand public de se saisir, en connaissance de cause, de la problématique, et de réaliser que, s'agissant du sans-chez-soirisme, une question sociétale se pose, que la guerre contre le sans-chez-soirisme est trop grave pour laisser en paix les professionnel-le-s de la question.

Laurent d'Ursel, secrétaire du Syndicat des immenses
www.syndicatdesimmenses.be

¹ S'il est autonome, le SDI dépend fort jusqu'à présent de l'association bruxelloise DoucheFLUX, dont le soutien au SDI s'intègre dans son pôle Plaidoyer.

² Spectaculaire illustration du désuniversalisme, un magnifique et très efficace accueil a été réservé aux dizaines de milliers de réfugiés ukrainiens, qui, bien que sans chez-soi à leur arrivée, n'ont pas été considérés comme des immenses, mais – et ça change tout, radicalement – comme des escapés tombés dans l'immensité du jour au lendemain et sans que leur faute, ou responsabilité, ne puisse être invoquée. Résultat, aucun réfugié ukrainien ne s'est retrouvé à la rue.

³ Forgé par Achille Mbembe, nécropolitique est le seul de ces 11 mots non inventés par le SDI.

⁴ Le programme consiste à remettre directement en logement la personne sans chez-soi, moyennant son accord et un accompagnement important, parfois pendant plusieurs années. Le programme est réservé aux personnes cumulant, suite à un long parcours de rue, un problème d'addiction et un problème de santé mentale.

Impressum

PETER erscheint zweimal im Jahr

Schwarzer Peter

Elsässerstrasse 22

4056 Basel

schwarzerpeter.ch

team@schwarzerpeter.ch

061 383 84 84

Basler Kantonalbank, 4002 Basel, 16 545.784.06

IBAN: CH98 0077 0016 0545 7840 6

Layout: Eva-Luzia Recher, gestaltet.ch

Druck: Gremper AG

Auflage: 1'800